

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:

Editorial	Seite 138
GI Aktuell	Seite 138
GI Leitsätze	Seite 140
Pfändung von Honorarforderungen	Seite 141
Abtretungsverbot / Auskunftspflicht des Rechtsanwalts / Verschwiegenheitspflicht (BFH, Beschl. v. 1.2.2005 - VII B 198/04)	
Fristenkontrolle	Seite 143
Schriftsatz per Computerfax / Fehlen der Unterschrift, § 130 Nr. 6 2. Halbsatz ZPO (BGH, Urt. v. 10.5.2005 - XI ZR 128/04)	
Kausalität	Seite 149
Zwei Anwälte / Zwei Fehler / Ein Schaden / Gesamtschuld / Mitverschulden (BGH, Urt. v. 7.4.2005 - IX ZR 132/01)	
Notarhaftung	Seite 152
Belehrungspflichten / Beglaubigung / Rechtsbelehrung / Unterbilanzhaftung (BGH, Urt. v. 11.11.2004 - III ZR 63/04)	
Anwaltspflichten	Seite 154
Mandatsniederlegung / Belehrungspflichten (OLG Schleswig, Beschl. v. 4.5.2005 - 13 UF 247/04)	
Steuerberaterhaftung	Seite 155
Belehrungspflicht / Kirchensteuer / Kirchenaustritt (OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.3.2005 - I-23 U 201/04)	
Anlageberatung	Seite 161
„Schrottimmobilie“ / Spezifische Risiken / Ungewöhnliche Finanzierungsdauer / Dauer der Zinsbindung / Beitritt zum Mietpool / Unrealistische Wertsteigerungen (OLG Celle, Urt. v. 8.3.2005 - 16 U 193/04)	
Befangenheit eines Sachverständigen	Seite 164
Privatgutachter für eine Partei / Gerichtssachverständiger (OLG Frankfurt/M., Beschl. v. 21.2.2005 - 2 W 8/05)	
Treuhand	Seite 165
Doppelzahlung an Treuhänder / Rückzahlungspflicht / Wegfall der Bereicherung (OLG Düsseldorf, Urt. v. 11.1.2005 - I-24 U 125/04)	
Zurückbehaltungsrecht	Seite 168
Streitige Honorarforderung / Unterlagen des Mandanten / Unzulässige Rechtsausübung (OLG Düsseldorf, Urt. v. 21.12.2004 - I-23 U 36/04)	
GI Hinweise	Seite 170



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,
wird ein fristwahrender Schriftsatz per Computerfax an das Gericht übermittelt, muss dieser eine **eingescannte Unterschrift** haben, um den gesetzlichen Anforderungen in § 130 Nr. 6 ZPO zu genügen. Der BGH lässt die Wiedergabe des Namens in Druckbuchstaben nicht genügen.

Ein Dauerthema beim **Wechsel des Steuerberaters oder Anwalts**: Machen Alt- und Neuberater nacheinander gleichartige Fehler, haften beide als Gesamtschuldner. Wird der Nachberater aber eingeschaltet, um Fehler seines Kollegen z.B. gegenüber dem Finanzamt zu beseitigen, und handelt er dabei nachlässig, wird sein Verschulden dem Geschädigten als dessen Mitverschulden angerechnet (BGH).

Das OLG Düsseldorf bestätigt seine Rechtsprechung zur Belehrungspflicht über kirchensteuerliche Folgen einer Gewinnausschüttung. Der Steuerberater muss keinen Rat zum Kirchenaustritt erteilen, aber darauf hinweisen, dass die Kirchensteuerpflicht erst nach **Kirchenaustritt**, d.h. nur für die Zukunft entfällt.

Das OLG Celle erläutert die Pflichten bei der **Beratung über einen Immobilienkauf** am Beispiel des Erwerbs einer „Schrottimmoblie“. Risiken, die geeignet sind, die in Aussicht gestellte Rentabilität des Erwerbs erheblich zu mindern oder auszuschließen, sind zu benennen. Prospektierte Mietzuwächse von 5% und Wertzuwächse der Immobilie von 3% pro Jahr sind unrealistisch.

Wird in einem Gerichtsverfahren ein **Sachverständiger** hinzugezogen, der bereits ein Privatgutachten für eine Partei erstattet hat, kann er wegen Befangenheit abgelehnt werden (OLG Frankfurt).

Das **Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters** wird vom OLG Düsseldorf **eingeschränkt**. Nur die Handakten können zurückgehalten werden, für die ein Honorarrückstand besteht. Bei einem langjährigen Dauermandat ist diese Auffassung bedenklich. Die Unterlagen werden im Gegensatz zum Anwaltsauftrag regelmäßig zurückgegeben und die Arbeiten fortlaufend weiter erledigt. Dem Steuerberater wird durch das Urteil des OLG das oft einzige Druckmittel bei aufgelaufenen und zeitlich zurückliegenden Vergütungsforderungen genommen.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

Verfassungsmäßigkeit der Besteuerung privater Veräußerungsgeschäfte im Jahr 1999: Bundesfinanzhof richtet Fragen an das Bundesministerium der Finanzen

Das Bundesverfassungsgericht hatte mit Beschluss vom 9.3.2004 – 2 BvL 17/02 die Vorschrift des § 23 EStG für die Veranlagungszeiträume 1997 und 1998 für nichtig erklärt, soweit sie private Veräußerungsgeschäfte bei Wertpapieren betrifft, weil ein strukturelles Erhebungsdefizit bei der Erfassung solcher Einkünfte zu einer Besteuerungsungleichheit zulasten der Steuerehrlichen geführt hatte.

Nunmehr prüft der Bundesfinanzhof (BFH) in dem bei ihm anhängigen Revisionsverfahren IX R 49/04 die Frage, ob auch für das Jahr 1999 ein solches Erhebungsdefizit besteht, das zur Verfassungswidrigkeit der Steuerrechtsnorm führt. Zur Vorbereitung seiner Entscheidung hat der BFH mit Beschluss vom 9.6.2005 das Bundesministerium der Finanzen zum Verfahrensbeitritt aufgefordert und die Fragen gestellt,

- ob die Finanzverwaltung von der ab 1.4.2005 eingeführten Möglichkeit des Kontenabrufs auch für den Veranlagungszeitraum 1999 Gebrauch macht, und wenn ja, in welchem Umfang,
- welche Auswirkungen die ab dem Jahr 1999 geltende erweiterte Möglichkeit des Ausgleichs von Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften durch entsprechende Verluste auf die Ermittlungstätigkeit der Finanzbehörden hat.

Der BFH beabsichtigt, in diesem Verfahren am 22.9.2005 mündlich zu verhandeln.

Pressemitteilung d. BFH v. 22.6.2005

BFH: Kein ermäßigter Umsatzsteuersatz für Nutzung einer Sauna im Fitnessstudio

Im Urteil vom 12.5.2005 – V R 54/02 hatte sich der Bundesfinanzhof (BFH) mit dem Umsatzsteuersatz für den Saunabesuch in einem Fitnessstudio zu befassen.

Nach dem Gesetz (§ 12 Abs. 2 Nr. 9 des Umsatzsteuergesetzes 1999) gilt für die Verabreichung von Heilbädern der ermäßigte Steuersatz von zurzeit 7 v.H. Seit 1968 erkennt die Finanzverwaltung Saunabäder grundsätzlich als ermäßigt besteuerte Heilbäder an, da ihnen im Einzelfall

eine heilende Wirkung nicht abgesprochen werden könne. Dies sollte auch für die Sauna in einem Fitnessstudio gelten, falls dessen Gesamtangebot nicht als eine einheitliche dem Regelsteuersatz (von zurzeit 16 v.H.) unterliegende Leistung behandelt wurde.

Der BFH hatte bereits in einem Urteil aus dem Jahr 2000 Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsauffassung geäußert, die Sauna grundsätzlich als Heilbad zu behandeln. Er hat sich nunmehr endgültig gegen diese Auffassung ausgesprochen: Die Verabreichung eines Heilbades muss der Behandlung einer Krankheit oder einer anderen Gesundheitsstörung und damit dem Schutz der menschlichen Gesundheit dienen. Hiervon kann bei der Nutzung einer Sauna in einem Fitnessstudio keine Rede sein; sie dient regelmäßig lediglich dem allgemeinen Wohlbefinden (Wellness).

(BFH, *Urt. v. 12.5.2005 - V R 54/02*)

Pressemitteilung d. BFH v. 6.7.2005

BFH: Gewerbliche Einkünfte des Gesellschafters einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft sind im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung umzuqualifizieren

Sind an einkommensteuerpflichtigen Einkünften mehrere Personen beteiligt und sind die Einkünfte diesen Personen steuerlich zuzurechnen, so sind die Einkünfte und mit ihnen in Zusammenhang stehende andere Besteuerungsgrundlagen regelmäßig gemäß § 179 Abs. 2 Satz 2, § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a der Abgabenordnung gesondert und einheitlich festzustellen.

Das gilt auch für den Fall, dass sich mehrere Personen zu einer Personengesellschaft zusammenschließen, um in ihrer gesamthänderischen Verbundenheit Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 des Einkommensteuergesetzes - EStG -) zu erzielen.

In dem Feststellungsverfahren ist verbindlich zu entscheiden, um welche Einkunftsart es sich handelt. Umstritten war, ob dies auch dann gilt, wenn die vermögensverwaltende Personengesellschaft als so genannte Zebra-Gesellschaft Grundstücksgeschäfte tätigt, die in der Person eines der Gesellschafter wegen der von ihm verwirklichten Besteuerungsmerkmale gewerblicher Grundstückshandel sind und den Tatbestand der Einkünfte aus Gewerbebetrieb i.S.v. § 15 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EStG erfüllen.

Nach dem Beschluss des Großen Senats des Bundesfinanzhofs vom 11.4.2005 - GrS 2/02 ist dies zu verneinen. Die verbindliche Entscheidung über die Einkünfte des betreffenden Gesellschafters ist sowohl ihrer Art als auch ihrer Höhe nach nicht im Feststellungsverfahren für die Gesellschaft durch das für diese Gesellschaft zuständige Finanzamt, sondern im Veranlagungsverfahren für den Gesellschafter durch dessen Wohnsitzfinanzamt zu treffen. Der Große Senat hat damit die einschlägige Praxis der Finanzverwaltung bestätigt.

(BFH, *Beschl. v. 11.4.2005 - GrS 2/02*)

Pressemitteilung d. BFH v. 20.7.2005

BFH: Wahl der getrennten Veranlagung durch einen Ehegatten nach vorheriger Zusammenveranlagung

Eheleute können bei der Einkommensbesteuerung zwischen der Zusammenveranlagung (§ 26b des Einkommensteuergesetzes - EStG -) und der getrennten Veranlagung (§ 26a EStG) wählen. Sie können die getroffene Wahl auch widerrufen, solange der Einkommensteuerbescheid noch anfechtbar ist. Ändert das Finanzamt (FA) einen Zusammenveranlagungsbescheid, kann jeder der Ehegatten bis zur Unanfechtbarkeit des Änderungsbescheides statt der Zusammenveranlagung die getrennte Veranlagung beantragen, sofern der Antrag nicht ausnahmsweise rechtsmissbräuchlich ist.

Eheleute können nur einheitlich - entweder zusammen oder getrennt - veranlagt werden. Entschidet sich einer der Ehegatten nach einer bereits durchgeführten Zusammenveranlagung zulässigerweise für die getrennte Veranlagung, ist nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 3.3.2005 - III R 22/02 auch für den anderen Ehegatten eine getrennte Veranlagung durchzuführen, selbst wenn der Zusammenveranlagungsbescheid ihm gegenüber bestandskräftig geworden und die Festsetzungsfrist bereits abgelaufen ist.

Im entschiedenen Fall hatte das FA den Zusammenveranlagungsbescheid für das Jahr 1985 im Jahr 1992 zugunsten der Eheleute geändert. Aufgrund des Antrags der Ehefrau auf getrennte Veranlagung führte das FA für beide Eheleute anstelle der Zusammenveranlagung getrennte Veranlagungen durch. Der Ehemann wendete dagegen ein, die Festsetzungsfrist sei Ende 1992 abgelaufen. Das FA habe daher im Jahr 1993 ihm gegenüber den Zusammenveranlagungsbescheid

nicht mehr aufheben und eine getrennte Veranlagung durchführen dürfen.

Nach dem Urteil des BFH ergibt sich die Befugnis des FA zur Aufhebung des bestandskräftigen Zusammenveranlagungsbescheides aus § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 der Abgabenordnung (AO 1977). Danach hat das FA einen Steuerbescheid zu erlassen, aufzuheben oder zu ändern, soweit ein Ereignis eintritt, das steuerliche Wirkung für die Vergangenheit hat.

Nach Auffassung des BFH ist der Antrag auf getrennte Veranlagung ein Ereignis, das auf den Veranlagungszeitraum zurückwirkt. Nach § 175 Abs. 1 Satz 2 AO 1977 wurde daher die vierjährige Festsetzungsfrist mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem das rückwirkende Ereignis (der Antrag auf getrennte Veranlagung) eingetreten ist, erneut in Lauf gesetzt, so dass das FA berechtigt und verpflichtet war, den dem Kläger gegenüber ergangenen Zusammenveranlagungsbescheid aufzuheben und einen Bescheid über die getrennte Veranlagung zu erlassen. (BFH, Urt. v. 3.3.2005 – III R 22/02)

Pressemitteilung d. BFH v. 27.7.2005

GI Leitsätze

Anwaltshaftung/Räumungsklage bei sachlich unzuständigem Gericht/Verzögerungsschaden/Zeitpunkt der Schadenberechnung

1. Erhebt der Rechtsanwalt eine den Wert von 5.000 EUR übersteigende Räumungsklage bei dem gemäß §§ 23 Nr. 1, 71 GVG sachlich unzuständigen Amtsgericht, verstößt er hiermit gegen den Grundsatz des sichersten Weges.
2. Für einen dem Vermieter durch die hierdurch bedingte Verzögerung entstandenen Vermögensschaden (hier: Mietausfall für 5 1/2 Monate; Anwaltshonorar) hat der Rechtsanwalt gemäß § 249 BGB einzustehen.
3. Verfahrensrechtlich ist für die Berechnung des Schadens von den Verhältnissen zur Zeit der letzten mündlichen Verhandlung auszugehen. (OLG Düsseldorf, Urt. v. 14.10.2004 – I-10 U 50/04, OLG-Report 2005, 336)

BGH-Rechtsprechung zur Rechts- und Parteifähigkeit einer GbR/Erhöhungsgebühren/Klageerhebung vor Bekanntwerden der BGH-Rechtsprechung

1. Bei Klageerhebung durch eine GbR vor Bekanntwerden der maßgeblichen Entscheidung des BGH (BGH v. 18.2.2002 – II ZR 331/00, NJW 2002, 2307 f) zur Rechts- und Parteifähigkeit der GbR ist eine nach § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO erhöhte Prozessgebühr prozessnotwendig angefallen.
2. Entfällt die Kostengrundentscheidung erster Instanz durch eine Kostenregelung in dem in zweiter Instanz geschlossenen Prozessvergleich, sind die erstinstanzlichen Prozesskosten grundsätzlich erst ab Eingang des Kostenfestsetzungsantrags nach Vergleichsabschluss zu verzinsen. (OLG Hamm, Beschl. v. 8.11.2004 – 23 W 267/03, OLG-Report 2005, 356)

Willkürliches Urteil des Finanzgerichts/Zulassung der Revision/Abrechnungsbescheid

1. Die Revision ist zuzulassen, wenn die Entscheidung des Finanzgerichts willkürlich ist. Das ist der Fall, wenn diese unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt vertretbar erscheint, weil bei der vom Finanzgericht vorgenommenen Änderung des angefochtenen Abrechnungsbescheides die Steuerbescheide und die in ihnen ausgewiesenen anrechenbaren Steuern nicht vollständig und sachlogisch richtig berücksichtigt worden sind.
2. Nicht alles, was in dem Abrechnungsteil eines Einkommensteuerbescheides enthalten ist, stellt eine bestandskraftfähige Regelung dar. Dies gilt vielmehr nur für die im EStG vorgeschriebene Entscheidung über die Anrechnung bestimmter Steuerzahlungen auf die Einkommensteuer, nicht aber für sonstige Zahlungen oder Verbuchungen und einen angeblichen Erstattungsanspruch aufgrund solcher Buchungen.
3. Wird die Revision bei teilbarem Streitgegenstand nur teilweise zugelassen, hat der Beschwerdeführer die Gerichtskosten für das Beschwerdeverfahren nach dem Wert des erfolglosen Teilgegenstandes zu tragen; die außergerichtlichen Kosten für dieses Verfahren sind ihm in der Beschwerdeentscheidung in Höhe der nach dem Wert des gesamten Streitgegenstandes errechneten Quote aufzuerlegen. (BFH, Beschl. v. 13.1.2005 – VII B 147/04, DStRE 2005, 607)

Pfändung von Honorarforderungen

- Abtretungsverbot
 - Auskunftspflicht des Rechtsanwalts
 - Verschwiegenheitspflicht
- (BFH, Beschl. v. 1.2.2005 - VII B 198/04)

Leitsatz:

Gebührenforderungen von Rechtsanwälten unterliegen grundsätzlich der Pfändung. Die in § 49b Abs. 4 BRAO normierte Einschränkung der Abtretung solcher Forderungen führt nicht zu einer Unübertragbarkeit i.S.v. § 851 Abs. 1 ZPO.

Zum Sachverhalt:

Aufgrund von rückständigen Steuerschulden erließ der Antragsgegner und Beschwerdeführer (das Finanzamt – FA –) im Februar 2004 zwei Pfändungs- und Einziehungsverfügungen, mit denen er zwei Honorarforderungen des früher als Rechtsanwalt tätigen Antragstellers und Beschwerdegegners pfändete und die Einziehung dieser Forderungen anordnete. Im März 2004 erließ das FA eine weitere Pfändungs- und Einziehungsverfügung, die ebenfalls eine Honorarforderung betraf. Über die gegen diese Bescheide eingelegten Einsprüche hat das FA noch nicht entschieden.

Dem Antrag des Antragstellers, gemäß § 69 Abs. 4 FGO die Vollziehung der Verwaltungsakte auszusetzen, gab das Finanzgericht (FG) mit der Begründung statt, dass es ernstlich zweifelhaft sei, ob die Honorarforderungen des Antragstellers aus seiner früheren Tätigkeit als Rechtsanwalt der Pfändung unterliegen würden. Bedenken würden sich deshalb ergeben, weil § 851 Abs. 1 ZPO Forderungen nur insoweit der Pfändung unterwerfe, als diese übertragbar seien.

An einer solchen Übertragbarkeit fehle es jedoch im Streitfall, denn die Voraussetzungen von § 49b Abs. 4 Satz 2 BRAO seien nicht erfüllt. Insbesondere fehle es an der Einwilligung der Mandanten. Dieser Mangel der angefochtenen Verfügungen könne auch nicht nachträglich geheilt werden.

Mit seiner vom FG zugelassenen Beschwerde beruft sich das FA auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 25.3.1999 (IX ZR 223/97, DStR 1999, 681), mit dem der BGH Honorarforderungen

von Steuerberatern ungeachtet des nach § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG bestehenden Abtretungsverbots als pfändbar erachtet hat. Nach Ansicht des FA ist die in der Entscheidung angeführte Begründung auch auf Honorarforderungen von Rechtsanwälten übertragbar.

Gegen diese Rechtsauffassung wendet sich der Antragsteller. Er ist der Ansicht, der BGH habe die Grenzen einer möglichen Auslegung der streiterheblichen Bestimmungen überschritten. Deren eindeutiger Wortlaut stehe der Annahme einer Pfändbarkeit von anwaltlichen Honorarforderungen entgegen.

Darüber hinaus werde die Einziehung solcher Forderungen durch das Zeugnisverweigerungsrecht des Vollstreckungsschuldners unmöglich gemacht. Dies gelte insbesondere dann, wenn es zu einem Rechtsstreit über den Bestand der Forderungen komme. Für den Fall, dass der Pfändungsgläubiger einen vom Vollstreckungsschuldner begonnenen Prozess nach erfolgter Pfändung fortsetze, komme der Pfändungsgläubiger an Informationen, deren Preisgabe gerade verhindert werden solle.

Auch Angaben, die der Vollstreckungsschuldner aufgrund § 807 Abs. 1 ZPO zu machen verpflichtet sei, würden dem Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts des Mandanten zuwiderlaufen. Darüber hinaus würde die Bedeutung der in § 203 StGB angeordneten Sanktion infrage gestellt.

Die Beschwerde ist begründet. Sie führt zur Aufhebung der Vorentscheidung und zur Ablehnung des Antrags auf Aussetzung der Vollziehung (AdV) der angefochtenen Pfändungs- und Einziehungsverfügungen.

Aus den Gründen:

Das FG hat zu Unrecht ernstliche Zweifel i.S.d. § 69 Abs. 3 i.V.m. Abs. 2 Satz 2 FGO an der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte bejaht. Bei der im **Verfahren der AdV** gebotenen summarischen Prüfung gelangt der beschließende Senat zu der Auffassung, dass im Streitfall von einer Pfändbarkeit der vom Antragsteller geltend gemachten Honorarforderungen aus seiner anwaltlichen Tätigkeit auszugehen ist.

1. Nach § 49b Abs. 4 Satz 2 BRAO ist eine Abtretung von Gebührenforderungen oder die Übertragung ihrer Einziehung an einen nicht

als Rechtsanwalt zugelassenen Dritten unzulässig, es sei denn, die Forderung ist rechtskräftig festgestellt, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos ausgefallen und der Rechtsanwalt hat die ausdrückliche, schriftliche Einwilligung des Mandanten eingeholt.

Dieser durch das Gesetz zur Änderung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und Patentanwälte vom 2.9.1994 (BGBl. I 1994, 2278) in die BRAO aufgenommenen Bestimmung ist zu entnehmen, dass eine Abtretung von Honorarforderungen nicht gesetzlich verboten oder ausgeschlossen ist. Vielmehr wird – wenn auch unter engen Voraussetzungen – eine Abtretung in bestimmten Fällen ermöglicht.

Nach der Rechtsprechung des BGH begründet die in § 49b Abs. 4 Satz 2 BRAO normierte Einschränkung der Abtretung **nicht zugleich eine Unübertragbarkeit i.S.v. § 851 Abs. 1 ZPO** (BGH, DStR 1999, 681, sowie v. 16.10.2003 – IX ZB 133/03, NJW-RR 2004, 54), die einer Pfändung entgegenstehe. Denn § 851 ZPO beziehe sich nur auf Fälle, in denen die Unübertragbarkeit auf einem Abtretungsverbot oder dem Umstand beruhe, dass der Gläubigerwechsel zu einer Änderung des Leistungsinhalts oder zu einer Vereitelung einer rechtlich gesicherten Zweckbindung führe.

Dagegen könne in Fällen, in denen eine Abtretung – wie in § 49b Abs. 4 Satz 2 BRAO – nur unter bestimmten Voraussetzungen gestattet werde, erst eine Auslegung des beschränkenden Gesetzes ergeben, ob es sich zwingend auch gegen eine Pfändbarkeit richte (auch das OLG Stuttgart hat in seinem Beschl. v. 11.5.1994 – 8 W 89/94, NJW 1994, 2838, den Anwendungsbereich von § 851 ZPO auf Fälle beschränkt, in denen die Unübertragbarkeit der Forderung auf ihre mangelnde Verkehrsfähigkeit zurückzuführen ist; so auch Stöber, in: Zöller, ZPO 24. Aufl., § 851 Rdnr. 2; Stein/Jonas, ZPO 22. Aufl., § 851 Rdnr. 9, m.w.N.; a.A. Wieczorek/Schütze, ZPO 3. Aufl., § 851 Rdnr. 10).

Im Rahmen der gebotenen summarischen Prüfung der Rechtslage vermag sich der Senat der vom BGH und in der überwiegenden Literatur vertretenen Auslegung anzuschließen.

2. Ausgangspunkt der vom BGH geforderten Auslegung des § 49b BRAO ist **der Schutzzweck dieser Vorschrift**. Ausweislich der Gesetzesbegründung soll mit der grundsätzlichen Untersagung der Abtretung von nicht titulierten Gebührenansprüchen an Personen, die nicht

einer Rechtsanwaltskammer angehören, die **Beachtung der beruflichen Verschwiegenheitspflichten** auch bei der Durchsetzung von Honorarforderungen sichergestellt werden (BT-Drucks. 12/4993, S. 31).

Die Erfüllung der sich aus der anwaltlichen Tätigkeit ergebenden Pflicht zur Verschwiegenheit kann durch die mit dem Abschluss eines Abtretungsvertrages verbundene Auskunftspflicht nachhaltig beeinträchtigt werden. **Denn gemäß § 402 BGB ist der bisherige Gläubiger verpflichtet, dem neuen Gläubiger die zur Geltendmachung der Forderung nötige Auskunft zu erteilen und ihm die in seinem Besitz befindlichen und zum Beweis der Forderung dienenden Urkunden herauszugeben.**

Das Entstehen einer Pflichtenkollision wird durch das relative Abtretungsverbot des § 49b Abs. 4 BRAO, das durch den Zustimmungsvorbehalt dem durch Art. 2 GG geschützten Recht des Mandanten auf informationelle Selbstbestimmung Rechnung trägt, von vornherein verhindert.

Im Gegensatz zur Abtretung einer Forderung begibt sich der bisherige Gläubiger bei einer Forderungspfändung nicht freiwillig in eine drohende Pflichtenkollision, deren Vermeidung in sein Belieben gestellt wäre. Vielmehr wird dem Vollstreckungsschuldner infolge der Pfändung und Überweisung einer Forderung gemäß § 836 Abs. 3 ZPO eine gesetzlich angeordnete **Auskunftspflicht** auferlegt.

Danach ist der Schuldner verpflichtet, dem Gläubiger die zur Geltendmachung der Forderung nötige Auskunft zu erteilen und ihm die über die Forderung vorhandenen Urkunden herauszugeben.

Bei der Durchsetzung dieser kraft Gesetzes bestehenden Auskunftspflicht ist jedoch dem Schutz des Grundrechts von Mandanten eines Rechtsanwalts auf informationelle Selbstbestimmung in ausreichender Weise Rechnung zu tragen.

Die Auskunftspflicht kann nicht weiter gehen, als dies gesetzlich gefordert wird. Auf die uneingeschränkte Preisgabe von schutzwürdigen persönlichen Daten des Mandanten erstreckt sich die in § 836 Abs. 3 ZPO normierte Auskunftspflicht daher nicht (vgl. BGH, DStR 1999, 681; OLG Stuttgart, NJW 1994, 2828, sowie Diepold, MDR 1993, 835, 836).

Fristenkontrolle

Auch ist zu berücksichtigen, dass der Pfändungsgläubiger zur Einleitung der Vollstreckungsmaßnahme bereits von sich aus tätig werden muss. **Aufgrund selbst beschaffter Informationen** muss er die zu pfändende Forderung sowie den Drittschuldner so genau bezeichnen, dass eine individuelle Bestimmung der Forderung sowie eine Zustellung an den Drittschuldner ermöglicht wird. Dagegen werden bei einer Forderungsabtretung diese Angaben dem Zessionar in der Regel durch den – evtl. in einer Pflichtenkollision befindlichen – Zedenten vermittelt.

Angaben zur gepfändeten Forderung kann der Gläubiger allerdings **im Verfahren nach § 807 Abs. 1 ZPO** erzwingen. Sie beschränken sich im Gegensatz zu § 836 Abs. 3 ZPO aber lediglich **auf Namen und Anschrift des Drittschuldners, den Grund der Forderung und die Beweismittel** (Stöber, in: Zöller, a.a.O., § 807 Rdnr. 22). Hinter der umfassenden Informationspflicht aus § 402 BGB, die zu einer weiter gehenden Offenlegung von geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen führen könnte, bleiben die Anforderungen der gesetzlich angeordneten Offenbarungspflicht weit zurück.

Das überwiegende Schrifttum sowie die Rechtsprechung sehen in § 807 ZPO einen Rechtfertigungsgrund, der die Offenbarung nicht als unbefugt i.S.v. § 203 Abs. 1 StGB erscheinen lässt (vgl. Tröndle/Fischer, StGB 52. Aufl., § 203 Rdnr. 38; Schönemann, StGB – Leipziger Komm. 11. Aufl., § 203 Rdnr. 122, sowie OLG Köln v. 29.7.1993 – 2 W 73/92, MDR 1993, 1007, m.w.N., zur Offenbarungsversicherung nach § 807 ZPO durch einen Rechtsanwalt).

Im Rahmen der summarischen Prüfung kann der Senat die Frage unbeantwortet lassen, ob im Rahmen einer Befolgung der gesetzlichen Offenbarungspflicht auch weiter gehende Angaben – evtl. in einem Verfahren nach § 836 Abs. 3 ZPO – gerechtfertigt sein könnten, so dass die Preisgabe dieser Informationen ebenfalls nicht als unbefugt i.S.v. § 203 Abs. 1 StGB anzusehen wäre.

Nach alledem gelangt der Senat zu der Auffassung, dass ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Verwaltungsakte nicht bestehen. Der Antrag war daher abzulehnen.

- Schriftsatz per Computerfax
- Fehlen der Unterschrift, § 130 Nr. 6 2. Halbsatz ZPO
(BGH, Urt. v. 10.5.2005 – XI ZR 128/04)

Leitsätze:

1. Die in Computerschrift erfolgte Wiedergabe des Vor- und Nachnamens des Prozessbevollmächtigten unter einer als Computerfax übermittelten Berufungsbegründungsschrift stellt keine den Anforderungen des § 130 Nr. 6 2. Halbsatz ZPO genügende Wiedergabe der Unterschrift dar.
2. Das Fehlen der Unterschrift des Prozessbevollmächtigten unter der Berufungsbegründungsschrift kann ausnahmsweise unschädlich sein, wenn sich aus anderen, eine Beweisaufnahme nicht erfordernden Umständen eine der Unterschrift vergleichbare Gewähr dafür ergibt, dass der Rechtsmittelanwalt die Verantwortung für den Inhalt der Rechtsmittelbegründungsschrift übernommen und diese willentlich in den Rechtsverkehr gebracht hat. Dabei sind nur spätestens bis zum Ablauf der Berufungsbegründungsfrist dem Berufungsgericht bekannt gewordene Umstände berücksichtigungsfähig.

Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten über die Zulässigkeit der Berufung sowie darüber, ob den Klägern wegen einer Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren ist. Dem liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Das Landgericht hat die Klage durch Urteil vom 10.4.2003 ganz überwiegend abgewiesen. Das Urteil ist den Prozessbevollmächtigten der Kläger am 14.4.2003 zugestellt worden. Die Berufung der Kläger ist am 7.5.2003 eingegangen, die Berufungsbegründungsfrist bis zum 16.8.2003 verlängert worden. Am 18.8.2003, einem Montag, ist beim Berufungsgericht als Computerfax eine Berufungsbegründung eingegangen, die eine eingescannte Unterschrift des Prozessbevollmächtigten der Kläger nicht enthält. Der Schriftsatz schließt auf der letzten Seite mit dem in der gleichen Computerschrift geschriebenen Vor- und Nachnamen des Prozessbevollmächtigten der Kläger sowie der Bezeichnung „Rechtsanwalt“.

Am 25.8.2003 ist die Berufungsbegründung per Post nochmals beim Berufungsgericht eingegangen, und zwar mit der handschriftlichen Unterschrift des Prozessbevollmächtigten der Kläger.

Auf den gerichtlichen Hinweis vom 28.10.2003, dass die am 18.8.2003 als Fax eingegangene Berufungsbegründungsschrift nicht unterschrieben sei, haben die Kläger am selben Tag vorsorglich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Die Kläger machen geltend, zur Fristwahrung reiche die Berufungsbegründungsschrift auch ohne eine eingescannte Unterschrift aus. Aus der Begründungsschrift lasse sich auch so die Urheberschaft des Prozessbevollmächtigten und sein Wille, das Schreiben in den Verkehr zu bringen, entnehmen.

Zur Begründung des Wiedereinsetzungsantrags tragen die Kläger vor, dass ihr Prozessbevollmächtigter die Berufungsbegründungsschrift als Fax um 18.36 Uhr mit allen 26 Seiten versandt habe, und zwar auf der letzten Seite oberhalb der Wiedergabe seines Namens mit seiner eingescannten Unterschrift.

Mit dem angefochtenen Urteil hat das Berufungsgericht den Antrag der Kläger auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zurückgewiesen und ihre Berufung als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die Revision der Kläger, die das Berufungsgericht nur beschränkt zugelassen hat.

Aus den Gründen:

A.

Die Revision ist insgesamt statthaft (§ 543 Abs. 1 Nr. 1 ZPO).

Zwar hat das Berufungsgericht im Urteilstenor und in den Entscheidungsgründen die Revision nur zugelassen, „soweit die Berufung als unzulässig verworfen worden ist“. Diese Beschränkung der Zulassung der Revision ist aber unzulässig. Die Zulassung der Revision kann nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nur auf einen tatsächlich und rechtlich selbstständigen Teil des Gesamtstreitstoffes beschränkt werden, der Gegenstand eines Teilurteils sein oder auf den der Revisionskläger selbst seine Revision beschränken könnte (BGHZ 101, 276, 278 f.; 111, 158, 166, st. Rspr.). Unzulässig ist es hingegen, die Zulassung der Revision auf eine bestimmte Rechtsfrage oder ein Ent-

scheidungselement des Urteils zu beschränken (BGHZ 90, 318, 320; 101, a.a.O.; BGH, Urt. v. 26.3.1982 – V ZR 149/81, NJW 1982, 1535 m.w.N.). Da auch die Frage der Zulässigkeit der Berufung ein solches nicht selbstständig anfechtbares Urteilelement darstellt, ist die Beschränkung der Zulassung der Revision auf diese Frage unzulässig (BGH, Urt. v. 6.5.1987 – IVb ZR 52/86, NJW 1987, 3264 f. und v. 3.5.2001 – XII ZR 62/99, NJW 2001, 2259).

Fehlt es danach an einer wirksamen Beschränkung der Zulassung, so ist allein die Beschränkung, nicht aber die Zulassung unwirksam, die Revision daher unbeschränkt zugelassen (Senatsurt. v. 20.5.2003 – XI ZR 248/02, WM 2003, 1370, 1371; v. 23.9.2003 – XI ZR 135/02, WM 2003, 2232, 2233; v. 20.4.2004 – XI ZR 171/03, WM 2004, 1230, 1231 und v. 26.10.2004 – XI ZR 255/03, WM 2005, 127, 128). Die von den Klägern hinsichtlich der Versagung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erhobene Nichtzulassungsbeschwerde ist damit gegenstandslos.

B.

Die Revision ist nicht begründet.

I.

Das Berufungsgericht (NJW 2004, 2024) hat im Wesentlichen ausgeführt:

Die Berufung sei unzulässig, weil die Kläger sie innerhalb der bis zum 18.8.2003 laufenden **Berufungsbegründungsfrist** nicht wirksam begründet hätten. **Wirksamkeitsvoraussetzung hierfür sei eine eingescannte Unterschrift oder zumindest ein Vermerk, dass eine Unterzeichnung wegen der gewählten Übertragungsform nicht erfolgen könne.** Die an ein Oberlandesgericht gerichtete Berufungsbegründung bedürfe nach § 520 Abs. 5, § 130 Nr. 6, § 78 Abs. 1 ZPO grundsätzlich der Unterschrift eines bei einem Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwalts.

Das **Erfordernis der Unterschrift** solle gewährleisten, dass der **Schriftsatz tatsächlich vom Prozessbevollmächtigten herrühre**, dieser für seinen Inhalt die Verantwortung übernehme und dass der Wille, das Schriftstück in den Verkehr zu bringen, hinreichend sicher festgestellt werden könne. Darauf, ob ohne die Unterschrift in einem dieser drei Punkte Zweifel bestünden, komme es nach der bisherigen Rechtsprechung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit nicht an.

Bei der Einlegung und Begründung von Berufungen durch Telefax (Telekopie) sei die Übermittlung des unterschriebenen anwaltlichen Schriftsatzes per Kopie erforderlich; dabei reiche die kopierte Unterschrift aus, sei aber auch notwendig. Hier sei die Berufungsbegründung durch ein so genanntes Computerfax erfolgt. Diese Art der Übermittlung bestimmter Schriftsätze sei durch den Beschluss des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 5.4.2000 anerkannt. Danach sei aber erforderlich, dass die Person des Erklärenden dadurch eindeutig bestimmt werde, dass seine Unterschrift in dem Computerfax eingescannt oder darin der Hinweis enthalten sei, dass der benannte Urheber wegen der gewählten Übertragungsform nicht unterzeichnen könne. Auch ein derartiger Hinweis fehle hier.

Über diese großzügige Handhabung könne nicht hinausgegangen und deshalb auf die Unterschrift bzw. ein Unterschriftssurrogat nicht völlig verzichtet werden. Insbesondere reiche der in gleicher Schrift wie im Schriftsatz verwendete darunter gesetzte Name des Prozessbevollmächtigten nicht aus.

Das Berufungsgericht könne aus Gründen der Rechtssicherheit nicht der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts folgen, nach der sich bei Fehlen einer erforderlichen Unterschrift die Erfüllung der Formerfordernisse nach den Umständen des Einzelfalls bestimme. Würde in vorliegendem Fall auf das Erfordernis einer eingescannten Unterschrift oder eines Vermerks, dass wegen der Übermittlung in elektronischer Form das Schriftstück nicht unterschrieben werde, verzichtet, so wäre das Unterschriftserfordernis für das Computerfax hinfällig, aber auch bei herkömmlich übermittelten Schriftsätzen kaum mehr zu rechtfertigen.

Der Wiedereinsetzungsantrag sei unbegründet. Es sei nicht glaubhaft gemacht, dass ein Bedienungsfehler des Prozessbevollmächtigten der Kläger als Ursache für das Fehlen der eingescannten Unterschrift ausscheide.

II.

Diese Ausführungen halten revisionsrechtlicher Überprüfung im Ergebnis stand.

Zu Recht hat das Berufungsgericht die Berufung der Kläger als unzulässig verworfen, weil die Berufung innerhalb der Berufungsbegründungsfrist nicht wirksam begründet worden ist (1.).

Auch die Versagung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist ist rechtlich nicht zu beanstanden (2.).

1. a) **Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und vor ihm schon des Reichsgerichts (RGZ 31, 375, 377; 151, 82, 83; BGHZ 37, 156, 157; 92, 251, 255 f; 97, 283, 284 f) muss die Berufungsbegründung als bestimmender Schriftsatz die Unterschrift des für sie verantwortlich Zeichnenden tragen.** Die Unterschrift ist grundsätzlich Wirksamkeitserfordernis. Sie soll die Identifizierung des Urhebers der schriftlichen Prozesshandlung ermöglichen und dessen unbedingten Willen zum Ausdruck bringen, die volle Verantwortung für den Inhalt des Schriftsatzes zu übernehmen und diesen bei Gericht einzureichen (BGHZ 37, 156, 157; 75, 340, 349; 97, 283, 285). Das letztgenannte Erfordernis soll sicherstellen, **dass es sich bei dem Schriftstück nicht nur um einen Entwurf handelt, sondern dass es mit Wissen und Willen des Berechtigten dem Gericht zugeleitet worden ist** (BGHZ 75, 340, 349; 144, 160, 162).

Für den Anwaltsprozess bedeutet dies, dass die Berufungsbegründung von einem dazu Bevollmächtigten und bei dem Prozessgericht zugelassenen Rechtsanwalt zwar nicht selbst verfasst, aber nach eigenverantwortlicher Prüfung genehmigt und unterschrieben sein muss (BGHZ 97, 251, 253 f; BGH, Urt. v. 29.10.1997 - VIII ZR 141/97, NJW-RR 1998, 574 und v. 31.3.2003 - II ZR 192/02, NJW 2003, 2028).

b) Hat die Rechtsprechung bisher grundsätzlich für bestimmende fristwahrende Schriftsätze zur Sicherstellung dieser prozessrechtlichen Anforderungen die handschriftliche Unterschriftsleistung des Berechtigten verlangt, so sind doch hiervon vor allem im Hinblick auf den technischen Fortschritt in einem erheblichen Umfang Ausnahmen zugelassen worden. So hat die Rechtsprechung bereits früh die Übermittlung einer Rechtsmittelschrift und anderer bestimmender Schriftsätze **durch ein Telegramm oder mittels Fernschreiben für zulässig erachtet** (vgl. die Nachweise bei BGHZ 144, 160, 162 ff). **Auch die Übermittlung fristwahrender Schriftsätze per Telefax ist in allen Gerichtszweigen uneingeschränkt zulässig** (vgl. BGHZ 144, 160, 164 m.w.N.).

Für eine – wie hier – **durch Computerfax übermittelte Berufungsbegründung hat der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe**

des Bundes am 5.4.2000 entschieden (BGHZ 144, 160), dass in Prozessen mit Vertretungszwang bestimmende Schriftsätze formwirksam durch elektronische Übertragung einer Textdatei mit eingescannter Unterschrift auf ein Faxgerät des Gerichts übermittelt werden können.

Zur Begründung hat er ausgeführt (a.a.O., 165), der Zweck der Schriftform, die Rechtssicherheit und insbesondere die Verlässlichkeit der Eingabe zu gewährleisten, könne auch im Falle einer derartigen elektronischen Übermittlung gewahrt werden. Entspreche ein bestimmender Schriftsatz inhaltlich den prozessualen Anforderungen, **so sei die Person des Erklärenden in der Regel dadurch eindeutig bestimmt, dass seine Unterschrift eingescannt oder der Hinweis angebracht sei, dass der benannte Urheber wegen der gewählten Übertragungsform nicht unterzeichnen könne.**

c) Nach § 130 Nr. 6 1. Halbsatz ZPO sollen die vorbereitenden Schriftsätze die Unterschrift der Person enthalten, die den Schriftsatz verantwortet. Halbsatz 2 dieser von der Rechtsprechung für bestimmende Schriftsätze stets als zwingend angesehenen Vorschrift fordert bei Übermittlung durch einen Telefax-Dienst (Telekopie) „die Wiedergabe der Unterschrift in der Kopie“.

Der Wortlaut des § 130 Nr. 6 ZPO beruht auf der Neufassung durch Art. 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsgeschäftsverkehr vom 13.7.2001 (BGBl I, 1542). **Nach der Begründung des Regierungsentwurfs zu diesem Gesetz (BT-Drucks. 14/4987, 23) ist eine Korrektur der Rechtsprechung zum Unterschriftserfordernis nicht beabsichtigt;** dies sei im Hinblick auf die Entscheidung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 5.4.2000 nicht geboten. In der Gegenäußerung der Bundesregierung (BT-Drucks. 14/4987, 43 f) zur Stellungnahme des Bundesrates werden Inhalt und Begründung des Beschlusses des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 5.4.2000 ausführlich wiedergegeben.

Wenn der Gesetzgeber dann in der Neufassung des § 130 Nr. 6 2. Halbsatz ZPO in Kenntnis dieser Rechtsprechung und der technischen Entwicklung für den Fall der Übermittlung eines Schriftsatzes durch ein Telefax ausdrücklich „die Wiedergabe der Unterschrift in der Kopie“ verlangt, spricht angesichts des eindeutigen Gesetzestextes sehr viel dafür, dass

die vom Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes für den Fall eines Computerfaxes für zulässig gehaltene Ersetzung der Unterschrift durch den Hinweis, dass der benannte Urheber wegen der gewählten Übertragungsform nicht unterzeichnen könne, nicht mehr als zulässig angesehen werden kann (so Musielak/Stadler, ZPO 4. Aufl., § 129 Rdnr. 11; Stein/Jonas/Leipold, ZPO 22. Aufl., § 130 Rdnr. 49; Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht 16. Aufl., § 65 Rdnr. 14; Hannich/Meyer-Seitz/Schwartze, ZPO-Reform 2002, § 130 Rdnr. 5 [S. 336]; Krüger/Bütter, MDR 2003, 181, 182). Dafür spricht auch, dass die Unterschrift beim Computerfax ohne nennenswerte Schwierigkeiten eingescannt werden kann, so dass kein überzeugender Grund besteht, darauf entgegen dem Gesetzeswortlaut zu verzichten.

Diese Frage bedarf jedoch vorliegend keiner abschließenden Entscheidung. Weder enthält das am Abend des 18.8.2003 übermittelte Computerfax einen Hinweis, dass eine Unterschrift wegen der gewählten Übertragungsform nicht möglich sei, noch beabsichtigte der Prozessbevollmächtigte der Kläger, der Berufungsbegründung einen derartigen Hinweis beizufügen. Vielmehr hat er nach eigenen Angaben versucht, das Computerfax mit seiner eingescannten Unterschrift zu übermitteln.

Die Wiedergabe des Vor- und Nachnamens des Prozessbevollmächtigten der Kläger mit der darunter gesetzten Bezeichnung „Rechtsanwalt“ am Ende des Computerfaxes genügt als solche nicht den Anforderungen des § 130 Nr. 6 2. Halbsatz ZPO. Diese Bestimmung fordert nach ihrem eindeutigen Wortlaut die Wiedergabe der Unterschrift in der Kopie, also des handschriftlichen Namenszuges. Dem entspricht eine maschinen- oder computerschriftliche „Unterzeichnung“ nicht (Stein/Jonas/Leipold, a.a.O., § 130 Rdnr. 48). Sofern der Entscheidung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes diesbezüglich eine andere Auffassung zu entnehmen sein sollte, genügt die Wiedergabe des Namens in Druckbuchstaben jedenfalls nach der Neufassung des § 130 Nr. 6 ZPO nicht mehr (Musiellak/Stadler, a.a.O., § 129 Rdnr. 11; Dästner, NJW 2001, 3469, 3470 Fn. 10; Krüger/Bütter, a.a.O.).

d) aa) Stellt somit die eigenhändige Unterschrift eines Rechtsanwalts grundsätzlich eine unerlässliche Wirksamkeitsvoraussetzung für fristwahrende bestimmende Schriftsätze im Anwaltsprozess dar, so sind jedoch auch von

diesem Grundsatz Ausnahmen möglich. **Das Erfordernis der Schriftlichkeit ist nämlich kein Selbstzweck** (vgl. BGHZ 97, 283, 285). Es soll, wie der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes in seiner Entscheidung vom 30.4.1979 (BGHZ 75, 340, 348 f) dargelegt hat, gewährleisten, dass aus dem Schriftstück der Inhalt der Erklärung, die abgegeben werden soll, und die Person, von der sie ausgeht, hinreichend zuverlässig entnommen werden können; außerdem muss feststehen, dass es sich bei dem Schriftstück nicht nur um einen Entwurf handelt, sondern dass es mit Wissen und Willen des Berechtigten dem Gericht zugeleitet worden ist.

Deshalb kann das Fehlen einer Unterschrift bei Vorliegen besonderer Umstände ausnahmsweise unschädlich sein, **wenn sich aus anderen Anhaltspunkten eine der Unterschrift vergleichbare Gewähr für die Urheberschaft und den Willen ergibt, das Schreiben in den Rechtsverkehr zu bringen.**

Das ist – was das Berufungsgericht verkannt hat – nicht nur ständige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwGE 10, 1, 2; 81, 32, 36 f; BVerwG, NJW 1995, 2121, 2122; 2003, 1544), des Bundessozialgerichts (BSG, NJW 1997, 1254, 1255; 2001, 2492, 2493), des Bundesfinanzhofs (BFHE 111, 278, 285; 148, 205, 207 f; BFH, BFH/NV 2000, 1224) und des Bundesarbeitsgerichts (BAG, NJW 1979, 183), sondern – ungeachtet bestehender Unterschiede der verschiedenen Verfahrensordnungen – grundsätzlich auch des Bundesgerichtshofs (vgl. BGHZ 24, 179, 180; 37, 156, 160; 97, 251, 254; BGH, Beschl. v. 9.12.2003 – VI ZB 46/03, BGH-Report 2004, 406). So hat der Bundesgerichtshof mit Beschluss vom 3.5.1957 (BGHZ 24, 179, 180) entschieden, dass der **Mangel der Unterschrift in dem als Urschrift der Berufung gedachten Schriftsatz durch die gleichzeitig eingereichte beglaubigte Abschrift dieses Schriftsatzes behoben wird, auf der der Beglaubigungsvermerk von dem Prozessbevollmächtigten handschriftlich vollzogen worden ist.**

In einer anderen Entscheidung (BGHZ 97, 251, 254) hat der Bundesgerichtshof das Fehlen einer Unterschrift auf der Berufungsbegründung für unschädlich erachtet, wenn auch ohne die Unterschrift des Rechtsmittelanwalts aus anderen, eine Beweisaufnahme nicht erfordernden Umständen, zweifelsfrei feststeht, dass der Rechtsmittelanwalt die Verantwortung für den Inhalt der Rechtsmittelbegründungsschrift übernommen hat, und Letzteres in einem Fall

bejaht, in dem die Berufungsbegründungsschrift fest mit einem von dem Rechtsanwalt unterzeichneten **Begleitschreiben verbunden** war (vgl. auch BGHZ 37, 156, 160). Und mit Beschluss vom 9.12.2003 (VI ZB 46/03, BGH-Report 2004, 406) hat der Bundesgerichtshof für den Fall des Fehlens einer Unterschrift unter einer Berufungsbegründungsschrift entschieden, dass sich zumindest aus den Umständen eindeutig ergeben müsse, dass der Rechtsmittelanwalt die Verantwortung für den Inhalt der Begründungsschrift übernommen habe.

Ob entsprechende Anforderungen bei einem Computerfax eines Klägers gegeben sind, das mit dem Satz endet „Dieser Brief wurde maschinell erstellt, wird nicht eigenhändig unterschrieben“ (so BSG, NJW 1997, 1254 f), bedarf keiner Entscheidung, da es hier an einem solchen Hinweis fehlt. Eine Anrufung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes ist deshalb im Hinblick auf die angeblich abweichende Entscheidung des Bundessozialgerichts entgegen der Ansicht der Revision nicht veranlasst, zumal der hier maßgebliche § 130 Nr. 6 2. Halbsatz ZPO über die Anforderungen an eine Telekopie erst nach der zitierten Entscheidung des Bundessozialgerichts in die Zivilprozessordnung eingefügt worden ist.

bb) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und der anderen obersten Gerichtshöfe des Bundes zur ausnahmsweisen Wirksamkeit nicht unterzeichneter Rechtsmittelbegründungsschriften trägt dem Anspruch der Prozessbeteiligten auf Gewährung wirkungsvollen Rechtsschutzes (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip) sowie ihren Rechten aus Art. 19 Abs. 4 und Art. 103 Abs. 1 GG Rechnung, die es verbieten, den Zugang zur jeweiligen nächsten Instanz in unzumutbarer, aus Sachgründen nicht mehr zu rechtfertigender Weise zu erschweren (vgl. BVerfGE 40, 272, 274 f; 41, 23, 26; 41, 323, 326 f; 44, 302, 305 f; 74, 228, 234; 77, 275, 284; 110, 339, 342). An die Beachtung formeller Voraussetzungen für die Geltendmachung eines Rechtsschutzbegehrens dürfen aus diesem Grund keine überspannten Anforderungen gestellt werden (BVerfG, NJW 2002, 3534).

cc) Entgegen der Auffassung der Revision ergeben hier die Umstände im Zusammenhang mit der Übermittlung der Berufungsbegründungsschrift nicht eine der Unterschrift vergleichbare Gewähr für die Urheberschaft des Prozessbevollmächtigten der Kläger sowie seinen Willen, für ihren Inhalt die Verantwortung

zu übernehmen und sie an das Berufungsgericht zu übermitteln. **Die Tatsache, dass der Prozessbevollmächtigte der Kläger bereits rechtzeitig Berufung gegen das landgerichtliche Urteil eingelegt hat, reicht hierfür ebenso wenig aus wie der gedruckte Briefkopf auf dem Begründungsschriftsatz; beides bietet keine der Unterschrift vergleichbare Gewähr dafür, dass das Schriftstück von einer beim Berufungsgericht postulationsfähigen Person stammt und mit deren Willen in den Verkehr gebracht worden ist** (vgl. *BVerwG, NJW 2003, 1544*). Auch der Umstand, dass **nach Fristablauf** beim Berufungsgericht ein mit dem Computerfax seinem Inhalt und seiner Form nach gleicher und von dem Prozessbevollmächtigten der Kläger **persönlich unterschriebener Begründungsschriftsatz eingegangen** ist, reicht insoweit nicht aus (vgl. *BVerwG, Buchholz 310, § 81 VwGO Nr. 16*), **da nur spätestens bei Ablauf der Begründungsfrist bekannt gewordene Umstände berücksichtigungsfähig sind** (*BVerwG, NJW 2003, 1544*).

Der am Ende des Computerfaxes mit dem Zusatz „Rechtsanwalt“ **wiedergegebene Vor- und Nachname des Prozessbevollmächtigten der Kläger bietet ebenfalls keine ausreichende Gewähr dafür, dass dieser die Verantwortung für die Berufungsbegründung übernommen und diese willentlich an das Berufungsgericht übermittelt hat.**

Rechtsmittelbegründungsschriften müssen nicht von einem am Rechtsmittelgericht zugelassenen Rechtsanwalt gefertigt sein. Sie werden in der Praxis vielfach von Korrespondenzanwälten, wissenschaftlichen Mitarbeitern oder nicht am Rechtsmittelgericht zugelassenen Soziern unterschiftsreif vorbereitet. Dem Umstand, dass unter der für die Unterschrift vorgesehenen Stelle der Name eines Rechtsanwalts vermerkt ist, ist daher nicht ausreichend sicher zu entnehmen, dass der Entwurf von diesem Rechtsanwalt verfasst worden ist, sondern kann auch bedeuten, dass der tatsächliche Verfasser die eigenverantwortliche Prüfung des Inhalts des bestimmenden Schriftsatzes und seine Unterzeichnung durch den namentlich genannten Rechtsanwalt vorgesehen hat. Ob dieser für den Inhalt des Schriftsatzes bereits die Verantwortung übernommen hat, ist danach in Fällen wie hier völlig offen.

Entgegen der Auffassung der Revision kann auch dem Umstand, dass das Computerfax dem Berufungsgericht am letzten Tag der Berufungsbegründungsfrist übermittelt worden ist,

nicht mit einer für den Anwaltsprozess erforderlichen Sicherheit entnommen werden, dass es sich dabei nicht um einen bloßen Entwurf handelte. Allein der Zeitpunkt der Übermittlung eines nicht unterzeichneten bestimmten Schriftsatzes sagt für sich genommen noch nichts darüber aus, ob er von einem beim Berufungsgericht zugelassenen Rechtsanwalt verantwortet wird. Gerade der drohende Ablauf einer Rechtsmittel- oder Rechtsmittelbegründungsfrist kann einem nicht postulationsfähigen Verfasser der Rechtsmittelbegründung vielmehr Veranlassung geben, zur Fristwahrung einen Schriftsatz zu übermitteln, den der namentlich genannte Rechtsanwalt noch nicht eigenverantwortlich geprüft hat.

Dass der Inhalt der als Computerfax übermittelten Berufungsbegründung von dem Prozessbevollmächtigten der Kläger verantwortet und von ihm bewusst in den Verkehr gebracht worden ist, lässt sich danach hier mit der erforderlichen Sicherheit nicht feststellen.

2. Auch die Versagung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen der Versäumung der Berufungsbegründungsfrist greift die Revision ohne Erfolg an. Das Berufungsgericht hat einen Fehler am Empfangsgerät des Oberlandesgerichts als fern liegend angesehen und ausgeführt, es komme entweder ein technischer Fehler im Sendegerät oder aber ein vom Prozessbevollmächtigten der Kläger verschuldeter Bedienungsfehler als Ursache für das Fehlen einer eingescannten Unterschrift in dem Computerfax in Betracht. Es sei aber nicht glaubhaft gemacht, dass ein Bedienungsfehler des Prozessbevollmächtigten als Ursache für das Fehlen der eingescannten Unterschrift ausscheide.

Das hält revisionsrechtlicher Überprüfung stand. Nach § 233 ZPO ist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, wenn eine Partei ohne ihr Verschulden verhindert war, die Berufungsbegründungsfrist einzuhalten. Das Verschulden ihres Prozessbevollmächtigten ist einer Partei zuzurechnen (§ 85 Abs. 2 ZPO).

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann danach nicht gewährt werden, wenn nach den glaubhaft gemachten Tatsachen die Möglichkeit offen bleibt, dass die Fristversäumung von der Partei bzw. ihrem Prozessbevollmächtigten verschuldet war (*BGH, Beschl. v. 26.9.1991 - I ZB 12/91, NJW 1992, 574, 575; v. 18.10.1995 - I ZB 15/95, NJW 1996, 319 und v. 26.7.2004 - VIII ZR 10/04, NJW-RR 2005, 143, 145*).

Zu Recht hat das Berufungsgericht hier einen Bedienungsfehler des Prozessbevollmächtigten der Kläger, der dazu geführt hat, dass das Fax ohne eingescannte Unterschrift übermittelt worden ist, nicht als ausgeschlossen angesehen.

Der Prozessbevollmächtigte einer Partei hat mit der Bedienung technischer Geräte, die er selbst zur Übermittlung bestimmender Schriftsätze einsetzt, soweit vertraut zu sein, dass die Übermittlung in der Form sichergestellt ist, die von § 130 Nr. 6 2. Halbsatz ZPO vorgeschrieben ist. Dass das Berufungsgericht es als glaubhaft gemacht angesehen hat, dass der Prozessbevollmächtigte der Kläger weder bei der Übermittlung noch später einen Bedienungsfehler bemerkt hat, schließt einen verschuldeten Bedienungsfehler nicht aus.

Das Berufungsgericht weist insoweit zu Recht darauf hin, dass Bedienungsfehler am Computer unbemerkt bleiben können. Damit hat das Berufungsgericht die an die Sorgfaltspflicht eines Rechtsanwalts zu stellenden Anforderungen nicht in verfassungsrechtlich zu beanstandender Weise überspannt. (...)

Kausalität

- Zwei Anwälte
- Zwei Fehler
- Ein Schaden
- Gesamtschuld
- Mitverschulden

(BGH, Urt. v. 7.4.2005 - IX ZR 132/01)

Leitsatz:

Verursacht der Rechtsanwalt durch pflichtwidrige Untätigkeit, dass ein Anspruch des Mandanten verjährt, den er durchzusetzen beauftragt war, wird der Zurechnungszusammenhang nicht dadurch unterbrochen, dass der Mandant später einen anderen Anwalt beauftragt, der es fahrlässig versäumt, noch rechtzeitig den Eintritt der Verjährung zu vermeiden.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin verlangt von dem beklagten Rechtsanwalt Schadenersatz, weil er ihren Anspruch auf Zugewinnausgleich habe verjähren lassen.

Die Klägerin war mit Urteil vom 18.5.1992 geschieden worden. Am 10.2.1993 wurde die Zustellung des mit Rechtskraftvermerk versehenen Scheidungsurteils an sie verfügt. Am 11.6.1993 reichte die Klägerin Stufenklage auf Auskunft und Ausgleich des Zugewinns ein und beantragte zugleich Prozesskostenhilfe.

Sie wurde dabei – wie zuvor im Scheidungsverfahren – von dem Beklagten zu 1) (im Folgenden: Beklagter) als Prozessanwalt vertreten, der mit der früheren Beklagten zu 2) zeitweilig in einer „Scheinsozietät“ verbunden war; als Verkehrsanwalt hatte die Klägerin den gesondert verklagten Rechtsanwalt P. beauftragt.

Das Familiengericht wies den Antrag auf Prozesskostenhilfe mit Beschluss vom 29.7.1993 zurück, nachdem der frühere Ehemann der Klägerin eine privatschriftliche „Abfindungsvereinbarung“ vorgelegt hatte. Der Beklagte bestreitet, diesen Beschluss erhalten zu haben. In der Folgezeit blieb er völlig untätig und reichte weder einen von Rechtsanwalt P. entworfenen Schriftsatz vom 12.8.1993 bei Gericht ein noch erkundigte er sich nach dem Fortgang des Verfahrens.

Am 24.11.1995 legte Rechtsanwalt F. für die Klägerin Beschwerde gegen die Versagung der Prozesskostenhilfe ein. Der frühere Ehemann der Klägerin erhob nunmehr die Einrede der Verjährung. Das Familiengericht half der Beschwerde deshalb nicht ab. Mit Beschluss vom 5.6.1996 wies das Oberlandesgericht die Beschwerde „aus den zutreffenden Gründen des Nichtabhilfebeschlusses“ zurück. Mit Schriftsatz vom 5.7.1996 teilte Rechtsanwalt F. dem Familiengericht mit, der Rechtsstreit solle jedenfalls zunächst nicht fortgesetzt werden. Am 20.3.1998 erhob er Gegenvorstellung gegen den Beschluss des Oberlandesgerichts. Diese wurde mit Beschluss vom 30.4.1998 zurückgewiesen.

Die Klägerin hat den Beklagten auf Zahlung des Wertes ihres verjäherten Anspruchs auf Zugewinnausgleich in Anspruch genommen, den sie mit 130.000 DM beziffert hat. Im Anschluss an einen Prozesskostenhilfebeschluss des Oberlandesgerichts hat sie sich ein hälftiges Mitverschulden des Verkehrsanwalts P. anrechnen lassen und Klage in Höhe von 65.000 DM zzgl. Zinsen erhoben.

Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage abgewiesen. Mit der Revision verfolgt die Klägerin diese gegen den Beklagten weiter.

Die Revision hat Erfolg. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, die Verjährung des Anspruchs auf Zugewinnausgleich sei dem Beklagten nicht zuzurechnen, weil dessen Mandat im Zeitpunkt des Verjährungseintritts längst beendet gewesen sei. Als Rechtsanwalt F. für die Klägerin mit Schriftsatz vom 21.11.1995 Beschwerde gegen die Zurückweisung des Antrags auf Prozesskostenhilfe eingelegt habe, müsse das Mandat des Beklagten erloschen gewesen sein; denn die Klägerin habe Rechtsanwalt F. nicht allein für das Prozesskostenhilfverfahren, sondern auch für das Hauptsacheverfahren mandatiert. Der dem Beklagten erteilte Klageauftrag sei damit erledigt gewesen. Der Anspruch der Klägerin auf Zugewinnausgleich sei jedoch erst am 19.4.1996 verjährt.

II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

1. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist die Pflicht des Rechtsanwalts zur Unterbrechung der Verjährung zwar erst dann verletzt, wenn die Verjährung entweder bereits eingetreten ist oder so nahe bevorsteht, dass sie aus zeitlichen Gründen nicht mehr unterbrochen werden kann (Urt. v. 18.3.1993 - IX ZR 12/92, WM 1993, 1376, 1377). Diese Rechtsprechung bezieht sich jedoch auf einen Anwalt, der das ihm übertragene Mandat im Ansatz ordnungsgemäß wahrgenommen und dabei lediglich der Frage der Verjährung nicht die notwendige Beachtung geschenkt hat. Den Beklagten trifft dagegen im Streitfall der Vorwurf einer wesentlich weiter gehenden Pflichtverletzung.

Der Beklagte hat sich seit Einreichung des Antrags auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe am 11.6.1993 nicht mehr um den Fortgang des Verfahrens gekümmert. Er hat den von Rechtsanwalt P. vorbereiteten Schriftsatz vom 12.8.1993 zur Frage der Formnichtigkeit der Abfindungsvereinbarung nicht bei Gericht eingereicht, nicht nach dem Stand der Sache gefragt, keine Beschwerde gegen den Beschluss

vom 29.7.1993 eingelegt und später jegliche Auskunft zum Stand des Verfahrens verweigert. Er hat daher über Jahre hinweg beständig versäumt, die im Interesse der Klägerin gebotenen Maßnahmen zu treffen.

2. Diese Untätigkeit hat die Verjährung der Ansprüche der Klägerin gegen deren Ehemann mitverursacht.

a) Der Antrag der Klägerin auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe hatte hinreichende Aussicht auf Erfolg. Grundlage des Anspruchs der Klägerin war § 1378 BGB. Die „Abfindungsvereinbarung“, die der Ehemann der Klägerin zunächst vorgelegt hatte, war gemäß §§ 125, 1378 Abs. 3 Satz 2 BGB mangels notarieller oder gerichtlicher Beurkundung formnichtig. Sie hätte der Erfolgsaussicht der beabsichtigten Klage nicht entgegengestanden.

b) Der Beklagte hätte im August 1993 den von Rechtsanwalt P. vorbereiteten Schriftsatz bei Gericht einreichen müssen. Er wäre dann auf den Beschluss des Familiengerichts vom 29.7.1993 hingewiesen worden und hätte ihn auf Anforderung auch erhalten. Weil die Begründung des Beschlusses rechtlich nicht vertretbar war, hätte der Beklagte sodann der Klägerin empfehlen müssen, Beschwerde einzulegen. Die Klägerin wäre dieser Empfehlung nach der Vermutung beratungsgerechten Verhaltens (vgl. dazu BGHZ 123, 311, 314 ff) auch gefolgt. Die Beschwerde hätte Erfolg gehabt.

Im Schadenersatzprozess kommt es nicht darauf an, wie der Vorprozess tatsächlich entschieden worden wäre, sondern darauf, wie der Vorprozess nach Ansicht des über den Schadenersatzanspruch erkennenden Gerichts richtigerweise hätte entschieden werden müssen (BGHZ 36, 144, 154 f; 72, 328, 330; 79, 223, 225 f; 124, 86, 95 f; 133, 110). Im Zeitpunkt der Beschwerdeentscheidung wäre der Anspruch auf Zugewinnausgleich aus der am 18.5.1992 geschiedenen Ehe dann, wenn der Beklagte seinen Pflichten nachgekommen wäre, auch noch nicht verjährt gewesen.

3. Etwaige Fehler des Rechtsanwalts F. unterbrechen den Zurechnungszusammenhang nicht.

a) Der Anspruch der Klägerin auf Ausgleich des Zugewinns war am 24.11.1995, als Rechtsanwalt F. für die Klägerin Beschwerde gegen den ablehnenden Beschluss vom 29.7.1993 einlegte,

noch nicht verjährt. Die Verjährungsfrist des § 1378 Abs. 4 BGB beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Ehegatte erfährt, dass der Güterstand beendet ist. Der Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft endet im Falle der Scheidung mit der formellen (äußeren) Rechtskraft des Scheidungsurteils. Kenntnis davon bedeutet das positive Wissen von den die Beendigung begründenden Tatsachen und ihrer rechtlichen Bedeutung (BGHZ 100, 203, 206).

Nach den unangegriffenen Feststellungen des Berufungsgerichts hatte die Klägerin Kenntnis vom Ende des Güterstandes erst mit Zugang des mit Rechtskraftvermerk versehenen Scheidungsurteils am 11.2.1993 erhalten. Rechtsanwalt F. hätte das Gericht auf diesen Umstand hinweisen müssen, als der Ehemann der Klägerin mit Schriftsatz vom 18.1.1996 die Einrede der Verjährung erhob. Ein solcher Hinweis ist jedoch nicht erfolgt. Im Vorprozess ist nichts dazu vorgetragen worden, wann die Klägerin von der Rechtskraft des Scheidungsurteils erfahren hatte. Der Beschluss des Oberlandesgerichts vom 5.6.1996, welcher die Erfolgsaussicht der beabsichtigten Klage wegen der vom Ehemann der Klägerin erhobenen Verjährungseinrede verneinte, war also objektiv unrichtig, entsprach jedoch dem damaligen Streitstand.

b) Fehler des von der Klägerin später beauftragten Anwalts schließen nicht aus, die Schadenfolge dem Beklagten als demjenigen zuzurechnen, der die Kausalkette in Gang gesetzt hat. Greifen weitere Personen in ein schadenträchtiges Geschehen ein, entlasten sie damit regelmäßig nicht den Erstschädiger, sondern begründen – zum Schutz des Geschädigten – allenfalls eine eigene, zusätzliche Haftung. Das Verhalten Dritter beseitigt allgemein die Schadenszurechnung im Verhältnis zu früheren Verursachern nur, sofern es als gänzlich ungewöhnliche Beeinflussung des Geschehensablaufs zu werten ist.

Dementsprechend wird der von einer früheren Vertragsverletzung eines Rechtsanwalts ausgehende Zurechnungszusammenhang grundsätzlich nicht dadurch unterbrochen, dass nach dem pflichtwidrig handelnden Anwalt eine andere rechtskundige Person mit der Angelegenheit befasst worden ist, die noch in der Lage gewesen wäre, den Schadeneintritt zu verhindern, die ihr obliegende Sorgfaltspflicht jedoch nicht beachtet hat (BGH, Urt. v. 18.3.1993 – IX ZR 120/92, a.a.O.; Zuehör/Fischer, Handbuch der Anwaltshaftung, Rdnr. 1067).

c) Im vorliegenden Fall wiegt der Verursachungsbeitrag des Rechtsanwalts F., der vollständig zur Zustellung des mit Rechtskraftvermerk versehenen Scheidungsurteils hätte vortragen müssen, nicht schwerer als die mehr als zwei Jahre währende Untätigkeit des Beklagten, die den Anspruchsgegner erst in die Lage versetzte, die Einrede der Verjährung mit Aussicht auf Erfolg zu erheben. Der unvollständige Vortrag zur Frage der Kenntnis vom Ende des Güterstandes kann auch nicht als gänzlich ungewöhnliche Beeinflussung des Geschehensablaufs gewertet werden; denn er beruht lediglich auf einem diesem Rechtsanwalt aus Fahrlässigkeit unterlaufenen Rechtsfehler.

4. Das mögliche **Verschulden** des Rechtsanwalts F. kann der Klägerin schließlich auch **nicht als Mitverschulden nach § 254 BGB** angerechnet werden.

a) **Rechtsanwälte, die nacheinander demselben Auftraggeber Schaden zugefügt haben, haften diesem grundsätzlich als Gesamtschuldner, ohne dass sich der Geschädigte bei der Inanspruchnahme eines haftpflichtigen Anwalts den Schadenbeitrag des anderen Anwalts als Mitverschulden entgegenhalten lassen muss.**

Die **Anrechnung eines Mitverschuldens** des Mandanten setzt voraus, dass dieser sich **des Zweitanwalts bedient hat, um eine im eigenen Interesse gebotene Obliegenheit zur Abwehr oder Minderung des Schadens zu erfüllen, der durch den in Anspruch genommenen Erstanwalt herbeigeführt wurde** (BGH, Urt. v. 18.3.1993 – IX ZR 120/92, a.a.O., 1378; v. 14.7.1994 – IX ZR 204/93, WM 1994, 2162, 2165; v. 29.11.2001 – WM 2002, 505, 509).

b) **Die Klägerin hat Rechtsanwalt F. vor Eintritt der Verjährung nicht damit beauftragt, Fehler des Beklagten zu beheben.** Rechtsanwalt F. wurde tätig, nachdem das Mandat des bisherigen Korrespondenzanwalts, des Rechtsanwalts P., gekündigt worden war. Später, im September 1995, hat Rechtsanwalt F. sich auch gegenüber dem Familiengericht legitimiert.

Auch zu diesem Zeitpunkt hatte die Klägerin jedoch noch keinen Anlass zu der Annahme, durch die Untätigkeit des Beklagten sei ein Schaden eingetreten oder stehe der Eintritt eines Schadens unmittelbar bevor. Schadenersatzansprüche gegenüber dem Beklagten sind erstmals mit Schreiben vom 28.4.1997 angemeldet worden.

III.

Die Sache ist nicht entscheidungsreif. Der Erfolg der Klage hängt davon ab, ob und in welcher Höhe die Klägerin einen Anspruch auf Ausgleich des Zugewinns gegen ihren früheren Ehemann hatte. Das wird das Berufungsgericht zu prüfen haben.

Notarhaftung

- Belehrungspflichten
 - Beglaubigung
 - Rechtsbelehrung
 - Unterbilanzhaftung
- (BGH, Urt. v. 11.11.2004 - III ZR 63/04)

Leitsatz:

Zur Pflicht des Notars, bei der Beglaubigung einer Unterschrift, durch die ein vollmachtlos geschlossener Vertrag über die Gründung einer GmbH genehmigt wird, über drohende Haftungsrisiken zu belehren.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte beurkundete am 10.10.1997 die Gründung der HA-GmbH. Den Gesellschaftsvertrag schloss der Vater der Klägerin, der für sich selbst und als vollmachtloser Vertreter der Klägerin handelte. Die HA-GmbH wurde gegründet, um die Arbeitnehmer und die Aufträge der insolvent gewordenen HRB-GmbH zu übernehmen. Mit von dem Beklagten beglaubigter Erklärung vom 22.10.1997 genehmigte die Klägerin die Erklärungen ihres Vaters zur Gründung der HA-GmbH und erteilte ihm nachträglich Vollmacht.

Die HA-GmbH wurde bereits vor der Eintragung tätig. Sie machte Verlust und wurde ebenfalls insolvent. Der Konkursverwalter der HA-GmbH nahm die Klägerin als Gesellschafterin auf Zahlung der Stammeinlage und Ausgleich der Unterbilanz in Anspruch.

Die Klägerin begehrt von dem Beklagten Schadenersatz in Höhe von 123.346,53 EUR zzgl. Zinsen wegen Verletzung notarieller Amtspflichten. Der Beklagte habe sie nicht hinreichend über die mit dem Abschluss des Gesellschaftsvertrages verbundenen Haftungsrisiken belehrt.

Landgericht und Berufungsgericht haben der Klage stattgegeben. Mit der von dem Senat zugelassenen Revision verfolgt der Beklagte seinen Antrag, die Klage abzuweisen, weiter.

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt:

Die notarielle Beurkundung des Gründungsvertrages der HA-GmbH, bei der die Klägerin durch ihren Vater vertreten gewesen sei, und die Beglaubigung der Unterschrift, mit der die Klägerin die Vertretererklärung genehmigt habe, seien als ein einheitliches Amtsgeschäft zu betrachten. Diesbezüglich habe der Beklagte jedenfalls eine so genannte erweiterte Belehrungspflicht gehabt. Ein besonderer Umstand, der eine solche Belehrungspflicht begründet habe, habe in der hier erfolgten „Vertragsaufspaltung“ gelegen. Die Klägerin sei dadurch in die Gefahr geraten, als Gesellschafterin zu haften, ohne jemals belehrt worden zu sein.

Wäre die Klägerin – was der Beklagte bei der Unterschriftsbeglaubigung pflichtwidrig versäumt habe – über das mit dem Abschluss des Gesellschaftsvertrages verbundene Haftungsrisiko belehrt worden, hätte sie die Genehmigung nicht erteilt. Es wäre nicht zur Gründung der HA-GmbH gekommen und die Klägerin hätte weder eine Einlage zu leisten gehabt noch auf Unterbilanzhaftung in Anspruch genommen werden können.

II.

Das Berufungsurteil hält der rechtlichen Prüfung nicht stand.

Nach den bisher getroffenen Feststellungen kann die Klägerin von dem Beklagten nicht Schadenersatz wegen Verletzung notarieller Amtspflichten (§ 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO) verlangen.

1. Zunächst ist klarzustellen, dass im Streitfall nicht ein „einheitliches Amtsgeschäft“, sondern **zwei Amtsgeschäfte** vorliegen, nämlich die **Beurkundung des Gründungsvertrages der**

HA-GmbH am 10.10.1997 und die Beglaubigung der Unterschrift der diesen Vertrag genehmigenden Klägerin am 22.10.1997. Für die gegenteilige Auffassung nimmt das Berufungsgericht zu Unrecht die in JW 1938, 889 veröffentlichte Entscheidung des Reichsgerichts in Anspruch. Dort ging es um die Beglaubigung von Unterschriften auf einem von dem Notar entworfenen Vertrag (vgl. *RG, a.a.O., 890*), nicht um die Genehmigung eines früher beurkundeten Vertrages.

2. Auf der Grundlage der Feststellungen des Berufungsgerichts kann nicht angenommen werden, der Beklagte habe bei der Beglaubigung der Unterschrift, mit der die Klägerin den durch ihren Vater geschlossenen Gesellschaftsvertrag genehmigt hat, Belehrungspflichten verletzt.

a) Bei der bloßen Beglaubigung einer Unterschrift (§ 40 BeurkG) trifft den Notar nur eine eingeschränkte Prüfungs- und Belehrungspflicht. Zu einer Rechtsbelehrung ist er grundsätzlich nicht verpflichtet. Er muss lediglich prüfen, ob Gründe bestehen, seine Amtstätigkeit zu versagen (§ 40 Abs. 2 i.V.m. §§ 2 bis 5 BeurkG), und die Beteiligten ggf. entsprechend unterrichten (*Ganter in: Zuehör/Ganter/Hertel, Handbuch der Notarhaftung 2004, Rdnr. 1411 m.w.N.*). Etwas anderes, d.h. eine Rechtsbelehrungspflicht hinsichtlich der Bezugsurkunde, ist selbst dann nicht anzunehmen, wenn die Bezugsurkunde von dem beglaubigenden Notar errichtet wurde.

Andernfalls müsste er in jedem Fall einer Unterschriftsbeglaubigung nachforschen, ob die Bezugsurkunde von ihm stammt. Der Notar müsste sich deren Inhalt und rechtliche Tragweite wieder vergegenwärtigen. Praktisch müsste er sich in vielen Fällen wieder völlig neu einarbeiten.

Im Übrigen wäre das Haftungsrisiko, das sich daraus für den Notar ergäbe, mit der Gebühr für eine Beglaubigung ohne Entwurf nicht angemessen abgegolten (vgl. *Ganter, a.a.O.*).

b) Bei der Beglaubigung der Unterschrift, die die Klägerin unter die Genehmigungserklärung setzte, könnte den Beklagten allerdings eine an den Entwurf der Genehmigungserklärung knüpfende Belehrungspflicht wie bei einer zur Niederschrift aufgenommenen Urkunde getroffen haben; denn der Beklagte dürfte es übernommen haben, den Text der Genehmigungserklärung zu formulieren (vgl. *BGHZ 125, 218, 226; Winkler, BeurkG 15. Aufl. 2003, § 40 Rdnr. 49*).

Die Belehrungspflicht (§ 17 Abs. 1 BeurkG) beträfe aber nur die rechtlichen Folgen der Genehmigungserklärung, d.h. das Wirksamwerden des Geschäfts, nicht den Inhalt und die Ausgestaltung des Vertretergeschäfts (vgl. *BGHZ, a.a.O., 225 f.*). Die Verletzung einer solchen eingeschränkten Belehrungspflicht wird dem Beklagten jedoch nicht angelastet.

c) Schließlich kann bei Unterschriftsbeglaubigungen (mit und ohne Entwurf) die betreuende Belehrungspflicht (§ 14 Abs. 1 Satz 2 BNotO) zum Schutz der Beteiligten vor unerkannten, aber für den Notar erkennbaren Gefahren eingreifen (vgl. *Ganter, a.a.O., Rdnr. 1411 a.E.*). Die besonderen Umstände, die hier bei der Unterschriftsbeglaubigung durch den Beklagten einen Hinweis auf die Unterbilanzhaftung geboten hätten, hat das Berufungsgericht darin gesehen, dass eine „Vertragsaufspaltung“, d.h. ein nachträglich genehmigter Vertragsschluss durch einen vollmachtlosen Vertreter, stattgefunden habe.

Dem kann indes nicht beigetreten werden. Nach der bestehenden Gesetzeslage (§ 6 Abs. 2, § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG, § 14 Abs. 1 Satz 2 BNotO) ist der Schutz des Vertretenen bewusst nicht so ausgestaltet, als habe er selbst an der Beurkundung teilgenommen (vgl. *BGHZ 125, 218, 225*); denn Adressat der notariellen Belehrung sind nur die Beteiligten. Wenn der Vertretene aber das Rechtsgeschäft genehmigt (§ 184 Abs. 1 BGB), erklärt er damit zugleich, er lasse die dem Vertreter erteilte Belehrung gegen sich gelten. Es ist Sache des Vertretenen, sich die erfolgte Belehrung von dem Vertreter erläutern zu lassen oder sich anderweitig zu informieren, bevor er das Geschäft genehmigt (vgl. *Ganter, a.a.O., Rdnr. 1133*).

Besondere Umstände, die Anlass zu einer eingehenden Belehrung über drohende Haftungsfolgen gegeben hätten, wären allerdings gegeben, wenn der Beklagte gewusst hätte, dass der Vater der Klägerin vor der Gründung der HA-GmbH bereits mehrere, jeweils insolvent gewordene GmbHs „hatte“ und die HA-GmbH als Auffanggesellschaft für eine solche insolvente GmbH dienen sollte. Dann nämlich hätte sich dem Beklagten aufdrängen müssen, dass auf Seiten der Klägerin eine – ggf. auf Informationen ihres Vaters beruhende – hinreichende Kenntnis der bestehenden beträchtlichen Haftungsrisiken nicht erwartet werden konnte. Diesbezügliche konkrete Feststellungen hat das Berufungsgericht nicht getroffen.

Sie können insbesondere nicht – entgegen der von der Revisionsbeklagten in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat vertretenen Ansicht – der allgemein gehaltenen Wendung des Berufungsgerichts entnommen werden, „der Beklagte habe bereits in der Klageerwiderung eingeräumt, dass ihm die Verhältnisse nicht ganz unbekannt waren“.

III.

Das Berufungsgericht wird in der neuen mündlichen Verhandlung zu klären haben, ob der Beklagte die vorgenannten Umstände, die zur Gründung der HA-GmbH führten, kannte und deshalb über die Haftungsfolgen bei einer sofortigen Aufnahme der Geschäfte zu belehren hatte (§ 14 Abs. 1 Satz 2 BNotO).

Ggf. wird dann auf die Frage der Rechtsbelehrungspflicht (§ 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG) bei der Beurkundung des Gründungsvertrages und die weiteren Rügen der Revision einzugehen sein.

Anwaltspflichten

- Mandatsniederlegung
 - Belehrungspflichten
- (OLG Schleswig, Beschl. v. 4.5.2005 – 13 UF 247/04)

Leitsatz:

Bei Mandatsniederlegung ist der Rechtsanwalt zugleich verpflichtet, die von ihm bislang vertretene Partei auf die laufende Begründungsfrist hinzuweisen und über die zur Wahrung der Frist zu treffenden Maßnahmen aufzuklären.

Aus den Gründen:

Der Beschwerdeführerin kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen der Versäumung der Beschwerdebegründungsfrist nicht bewilligt werden, denn sie war nicht ohne ihr Verschulden außerstande, die zweimonatige Beschwerdebegründungsfrist gemäß §§ 520 Abs. 2, 621e Abs. 3 Satz 2 ZPO einzuhalten (§ 233 ZPO). Sie muss sich in diesem Zusammenhang ein Verschulden ihrer früheren Verfahrensbevollmächtigten zurechnen lassen (§ 85 Abs. 2 ZPO).

Diese haben bei Niederlegung des Mandats, die mit Schriftsatz vom 31.1.2005 dem Gericht am 1.2.2005 mitgeteilt worden ist, sorgfaltswidrig weder einen Antrag auf Verlängerung der Begründungsfrist gestellt noch die Beschwerdeführerin auf den unmittelbar bevorstehenden Ablauf der Begründungsfrist am 6.2.2005 hingewiesen.

Ein der Beklagten gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zuzurechnendes **Verschulden** ihrer früheren Verfahrensbevollmächtigten ist bereits darin zu sehen, **dass diese bei Kündigung des Mandats nicht wenigstens zugleich um (erstmalige) Verlängerung der Begründungsfrist nachgesucht haben** (BGH v. 29.11.2000 – XII ZB 189/99, n.v.; Beschl. v. 5.6.1996 – XII ZB 76/96, NJWE-FER 1996, 41). Eine solche Verpflichtung kommt insbesondere in Betracht, wenn der Rechtsanwalt das Mandat erst kurz vor Fristablauf niederlegt (OLG Düsseldorf, OLG-Report 2000, 77 = NJW-RR 2000, 874, 875).

Ferner waren die damaligen Verfahrensbevollmächtigten verpflichtet, die Beschwerdeführerin **spätestens zugleich mit der Kündigung des Mandats auf die laufende Begründungsfrist hinzuweisen und insoweit aufzuklären** (BGHZ 7, 280, 286).

Die Aufklärungspflicht des Rechtsanwalts bei Niederlegung des Mandats während laufender Berufungs- bzw. Beschwerdebegründungsfrist **erfordert nicht nur den Hinweis auf diese Frist und deren Bedeutung, sondern auch die Aufklärung über die zur Wahrung der Frist zu treffenden Maßnahmen.**

Die Verfahrensbevollmächtigten der Beschwerdeführerin hätten dieser daher erläutern müssen, dass es zur Wahrung der Beschwerdebegründungsfrist entweder der Einreichung einer Beschwerdebegründungsschrift oder aber eines Antrages auf Fristverlängerung (§ 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO) bedurfte.

Dabei ist davon auszugehen, dass eine unter Hinweis auf eine Mandatsniederlegung beantragte **erstmalige Fristverlängerung regelmäßig bewilligt wird** (BGH, Beschl. v. 29.11.2000 – XII ZB 189/99, n.v.).

Das dargelegte Anwaltsverschulden ist der Beschwerdeführerin nach § 85 Abs. 2 ZPO zuzurechnen und für die Versäumung der Frist ursächlich geworden.

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht
 - Kirchensteuer
 - Kirchenaustritt
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.3.2005 - I-23 U 201/04)

Leitsätze:

1. Im Zusammenhang mit der Abschaffung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens durch das StSenkG vom 23.10.2000 war ein Steuerberater bereits seit der Verabschiedung des Entwurfs vom 9.2.2000 gehalten, sich aus allgemein zugänglichen Quellen über den näheren Inhalt zu unterrichten, um nach Verabschiedung des Gesetzes rechtzeitig klären zu können, ob es geboten war, seinen Mandanten Maßnahmen zur Abwehr drohender Nachteile anzuraten. Drohten einem Mandanten Nachteile, musste er diesen bei einem umfassenden Steuerberatermandat auch ohne Sonderauftrag beraten.

2. Im Zusammenhang mit der Beratung über erhebliche Gewinnausschüttungen einer GmbH auf ihren Anteilseigner, auf die das körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren noch anwendbar war, musste der Steuerberater seinen Mandanten auch darauf hinweisen, dass trotz der Anrechnung des Körperschaftsteuerguthabens der GmbH auf dessen Einkommensteuer die Kirchensteuer nach der ungekürzten Einkommensteuer berechnet wird. Die Beratung über den Anfall der Kirchensteuer war nicht davon abhängig, ob für den Steuerberater die Bereitschaft des Mandanten zum Kirchenaustritt erkennbar war. Gab der Mandant darauf zu erkennen, dass er einen Kirchenaustritt erwäge, musste der Steuerberater den Mandanten auch über die Einzelheiten der landesrechtlichen Vorschrift des KiStG zum Kirchenaustritt belehren.

Zum Sachverhalt:

Die klagenden Eheleute nehmen den Beklagten wegen positiver Verletzung des Steuerberatervertrages auf Ersatz von Kirchensteuern in Anspruch, die das Finanzamt gegen sie für das Veranlagungsjahr 2001 festsetzte.

Der Beklagte war bereits mehrere Jahre umfassend mit der steuerlichen Beratung der Kläger und mehrerer Kapital- und Personengesellschaften, an denen der klagende Ehemann beteiligt war, darunter die S. und F. GmbH,

beauftragt, als am 23.10.2000 der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung - StSenkG - beschloss.

Durch dieses Gesetz wurde u.a. das körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren (§§ 27 f KStG a.F., § 20 I Nr. 3, § 36 II Nr. 3, §§ 36a ff EStG) abgeschafft, allerdings mit einer Übergangsregelung für Ausschüttungen aus Wirtschaftsjahren vor dem 1.1.2002. An seine Stelle trat auf der Ebene der Kapitalgesellschaft eine Definitivbesteuerung einbehaltener und ausgeschütteter Gewinne und auf der Ebene der einkommensteuerpflichtigen Anteilseigner (natürliche Personen) das Halbeinkünfteverfahren. Das StSenkG wurde im Bundessteuerblatt Teil I vom 14.11.2000 veröffentlicht.

Bei der S. und F. GmbH waren seit 1991 in beträchtlichem Umfang Gewinne thesauriert worden, die zum 31.12.2000 1.926.203,23 DM betrugen. Anlässlich der Besprechung vom 10.12.2001 riet der Beklagte zu einer Ausschüttung der thesaurierten Gewinne noch im Dezember 2001. Er gab bei dieser Gelegenheit dem klagenden Ehemann die Information, dass die mit der Ausschüttung verbundene Einkommensteuerbelastung durch die anrechenbaren Körperschaft- und Kapitalertragsteuern im Wesentlichen kompensiert würde. Die mit der Ausschüttung verbundene Kirchensteuer erwähnte der Beklagte nicht.

Auf den Rat des Beklagten nahm die GmbH noch im Dezember 2001 eine Ausschüttung vor; auf den klagenden Ehemann entfiel ein Betrag von 1.625.000 DM. Dieser Ausschüttungsbetrag wurde im Einkommensteuerbescheid des Finanzamts vom 22.5.2003 für das Veranlagungsjahr 2001 dem zu versteuernden Einkommen der zusammen veranlagten Kläger hinzugerechnet. Die festgesetzte Einkommensteuer von 975.957 DM wurde um anzurechnende Steuerabzugsbeträge (u.a. 287.511 DM Kapitalertragsteuer und 492.826 DM Körperschaftsteuer) auf 58.138 DM vermindert.

Bemessungsgrundlage für die Kirchensteuer war eine Einkommensteuer von 966.231 DM. Es wurden evangelische Kirchensteuern von 22.231,28 EUR und katholische Kirchensteuern von 22.231,17 EUR festgesetzt. Nach Abzug der bereits vom Lohn der Kläger abgezogenen Kirchensteuer wurden Kirchensteuern in Höhe von insgesamt 38.601,06 EUR festgesetzt.

Nachdem die Kläger im Dezember 2002 im Zusammenhang mit der Fertigstellung des Entwurfs ihrer Einkommensteuererklärung für das Veranlagungsjahr 2001 vom Beklagten über die mit der Gewinnausschüttung verbundene Kirchensteuer informiert worden waren, erklärten sie am 19.12.2002 gegenüber der zuständigen Geschäftsstelle des Amtsgerichts den Austritt aus der katholischen bzw. evangelischen Kirche.

In erster Instanz haben die Kläger von dem Beklagten Erstattung von (38.601,06 EUR abzgl. 3.412,32 EUR von den Kirchen bereits zurückerstatteter Kappungsbeträge =) 35.188,74 EUR und hilfsweise die Feststellung der Schadenersatzpflicht des Beklagten verlangt.

Das Landgericht hat dem Hilfsantrag stattgegeben und festgestellt, dass der Beklagte verpflichtet ist, jeden durch die unterbliebene steuerliche Beratung bezüglich eines möglichen Kirchenaustritts entstandenen Schaden in den Jahren 2000/2002 zu ersetzen. Zur Begründung hat es ausgeführt:

Die Leistungsklage sei derzeit unbegründet, da noch nicht feststehe, welchen Vorteil die Kläger durch die Zahlung der Kirchensteuer im Jahr 2003 in Verbindung mit dem damit möglichen Sonderausgabenabzug zu erwarten hätten.

Die Feststellungsklage sei begründet. Der Beklagte sei ihm obliegenden Beratungspflichten nicht nachgekommen. Er hätte bereits im Herbst 2000 den Klägern zur Vorbereitung der notwendigen Gewinnausschüttung der GmbH den Hinweis geben können und müssen, dass ein Kirchenaustritt in wirtschaftlicher Hinsicht zu erwägen sei. Seine Hinweise am 10.12.2001 hätten den Eindruck erweckt, dass bei einer Gewinnausschüttung keine steuerliche Mehrbelastung zu erwarten sei. Bei rechtzeitiger Aufklärung über Anfall und Ausmaß der Kirchensteuer hätten die Kläger sich bereits im Herbst 2000 für einen Kirchenaustritt entschieden. Dies ergebe sich aus ihrem Verhalten im Dezember 2002.

Der Beklagte hat Berufung eingelegt und zur Begründung vorgetragen:

Seine Beratung am 10.12.2001 habe sich ausdrücklich auf die mit der Ausschüttung verbundene Einkommensteuer beschränkt. Als langjährigen Kirchensteuerzahlern sei den Klägern der Zusammenhang zwischen Einkommen- und Kirchensteuern hinlänglich bekannt gewesen, so dass insoweit kein Belehrungsbedarf bestan-

den habe. Die Annahme einer Pflichtverletzung bereits im Jahr 2000 scheide aus, weil das StSenkG erst am 23.10.2000 beschlossen und am 14.11.2000 im Bundessteuerblatt veröffentlicht worden sei. Ihm stehe als Steuerberater eine angemessene Zeit zu, von neuen und geänderten Rechtsnormen Kenntnis zu nehmen und die Tragweite der Gesetzesänderungen für seine Mandanten zu beurteilen.

Eine verlässliche Aussage zu der Frage, ob eine Ausschüttung noch unter Geltung des Anrechnungsverfahrens erfolgen sollte oder nicht, habe er erst nach Kenntnis des voraussichtlichen Jahresergebnisses der GmbH im Jahr 2001 treffen können. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Entstehung der Kirchensteuer kaum mehr verhindert werden können. Selbst ein Kirchenaustritt noch im November 2001 hätte überhaupt nichts genutzt, da § 3 Abs. 2 KiStG NRW das Wirksamwerden des Kirchenaustritts erst mit Ablauf des Monats vorsehe, der auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens folgt. Bei einem Kirchenaustritt während des Kalenderjahres werde die Einkommensteuer als Maßstabsteuer lediglich für jeden Monat, in dem die Kirchensteuerpflicht nicht bestand, anteilig gekürzt.

(Anträge ...)

Die Kläger kürzen nach einem Hinweis den erstinstanzlich errechneten Schadenbetrag von 35.188,74 EUR um 501,30 EUR auf 34.687,35 EUR und legen den inzwischen erlassenen Einkommensteuerbescheid des Finanzamts vom 24.9.2004 für das Veranlagungsjahr 2003 vor. Hierin ist die von ihnen im Jahr 2003 gezahlte Kirchensteuer durch Sonderausgabenabzug einkommensteuermindernd berücksichtigt worden. Die Kläger berechnen den Einkommensteuervorteil für 2003 mit $(17.021,26 - 192,34 =) 16.828,92$ EUR und lassen sich diesen Vorteil auf den Schadenbetrag von 34.687,35 EUR anrechnen. (...)

Aus den Gründen:

Die Berufung des Beklagten ist zulässig, hat jedoch in der Sache keinen Erfolg. Aufgrund des in zweiter Instanz zulässigen Übergangs der Kläger von der Feststellungsklage zur Leistungsklage wirkt sich nicht mehr aus, dass der Feststellungstenor des Landgerichts rechtsfehlerhaft nicht auf Schäden begrenzt ist, deren Vermeidung die vom Beklagten verletzte Pflicht bezweckt.

Im Übrigen beruht die angefochtene Entscheidung des Landgerichts nicht auf einer Rechtsverletzung; die nach § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen rechtfertigen keine andere Entscheidung (§ 513 Abs. 1 ZPO).

Die Kläger haben mit der Berufungserwiderung innerhalb der Anschlussberufungsfrist (§ 524 Abs. 2 Satz 2 ZPO) konkludent Anschlussberufung eingelegt, indem sie ihrerseits eine Abänderung der angefochtenen Entscheidung und – wie schon mit ihrem erstinstanzlichen Hauptantrag – eine Verurteilung des Beklagten zur Zahlung beantragt haben. Die Anschlussberufung ist begründet. Der Übergang von der Schadenersatzfeststellung des Landgerichts zur Leistungsklage ist gerechtfertigt, da der Schaden der Kläger nach Erlass des Einkommensteuerbescheides für 2003 abschließend berechnet werden kann.

Soweit es auf die Anwendung bürgerlichen Rechts ankommt, ist das bis zum 31.12.2001 geltende Recht maßgeblich (Art. 229, § 5 Satz 1 EGBGB).

I.

Den Klägern steht ein Schadenersatzanspruch in der zuerkannten Höhe aus positiver Vertragsverletzung zu, weil der Beklagte sie nicht über die kirchensteuerlichen Auswirkungen der auf seinen Rat hin im Dezember 2001 durchgeführten Gewinnausschüttung der S. und F. GmbH belehrt hat.

1. Pflichtverletzung

Der Beklagte war auch ohne gesonderten Auftrag aufgrund seines Dauerschuldverhältnisses mit den Klägern verpflichtet, diese spätestens in der ersten Hälfte Dezember 2000 auf die für sie bei einer Gewinnausschüttung der S. und F. GmbH anfallende erhebliche Kirchensteuerbelastung hinzuweisen.

a) Ein Steuerberater, der – wie der Beklagte – umfassend mit der Steuerberatung beauftragt ist, hat seinen Mandanten **umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten**. Dabei hat er grundsätzlich davon auszugehen, dass seine – regelmäßig sachkundigen – Mandanten **belehrungsbedürftig** sind. Darüber hinaus muss der Steuerberater seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren, deswegen muss er den nach den Umständen

sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung unterbreiten. Hierbei hat er den Mandanten in die Lage zu versetzen, eigenverantwortlich seine Rechte und Interessen zu wahren und eine Fehlentscheidung zu vermeiden (BGH, NJW 1995, 958; NJW 1995, 2108, 2110; NJW 1998, 1488, 1489, 1491; NJW 2001, 3477, 3478; Senat, Urt. v. 20.12.2002 – 23 U 39/02, OLG-Report 2003, 106 = GI 2003, 60; Zugehör, DStR 2003, 1124 f, 1171 f – Anm. 1.2.).

b) Eine Beratungspflicht im Zusammenhang mit dem **Anfall von Kirchensteuern** ist nicht grundsätzlich deshalb ausgeschlossen, weil die Kirchensteuer die automatische Folge der Mitgliedschaft in einer Kirche ist und diese Mitgliedschaft auf einer persönlichen Gewissensentscheidung beruht. Im Einzelfall mag die Belastung des Mandanten mit Kirchensteuer für diesen erkennbar nachrangig und unerheblich sein.

Hiervon kann der Berater in der Regel dann nicht ausgehen, wenn er besonders beauftragt ist, den Mandanten über die steuerlichen Folgen einer beabsichtigten Maßnahme zu unterrichten (Senat, a.a.O.; Zugehör, a.a.O.), und zwar unabhängig davon, ob die Bereitschaft des Mandanten zu einem Kirchenaustritt für den Berater erkennbar ist. Denn nur bei Kenntnis aller anfallenden Steuern ist der Mandant in der Lage, die eigenverantwortliche Entscheidung über sein weiteres Verhalten zu treffen.

Ohne Sonderauftrag schuldet der Steuerberater die Beratung über den Anfall von Kirchensteuern jedenfalls dann, wenn Änderungen des Steuerrechts Maßnahmen des Mandanten zur Abwehr drohender Nachteile gebieten, zur Vorbereitung der Entscheidung die Abwägung der steuerlichen Vor- und Nachteile erforderlich ist und der zu erwartende Anfall der Kirchensteuer beträchtlich ist. Ein solcher Fall war hier mit Erlass des StSenkG eingetreten.

Die Abschaffung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens hatte erhebliche Auswirkungen auf die Einkommensteuer der Kläger. Bei Gewinnausschüttungen der S. und F. GmbH an den klagenden Ehemann nach dem 31.12.2001 hätte nicht mehr die Möglichkeit bestanden, auf die mit der Ausschüttung verbundene Einkommensteuer der gemeinsam veranlagten Kläger gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 EStG das bei der S. und F. GmbH angesammelte Körperschaftsteuerguthaben anzurechnen. Dieses Gut-

haben war beträchtlich, da die thesaurierten Gewinne der GmbH bereits zum 31.12.1999 1.825.734,87 DM betragen hatten und im Jahr 2000 weiter angewachsen waren.

Bereits aufgrund der bekannten Zahlen aus dem Jahr 1999 bestand nach Erlass des StSenkG dringender Anlass, über eine Gewinnausschüttung nachzudenken. Ob Maßnahmen zur Abwehr drohender Nachteile geboten waren, konnte der als Anteilseigner betroffene klagende Ehemann erst nach umfassender Information über die steuerlichen Vor- und Nachteile einer Ausschüttung vor bzw. nach dem 31.12.2001 treffen. Die vom Beklagten in diesem Zusammenhang geschuldete Information über die steuerlichen Folgen einer Ausschüttung erfasste auch die Kirchensteuer.

c) Der Beklagte durfte nicht davon ausgehen, dass bei den Klägern als langjährigen Kirchensteuerzahlern insoweit kein Belehrungsbedarf bestand. Die bei Kirchensteuerzahlern in der Regel bestehende allgemeine Kenntnis des Zusammenhangs zwischen der Einkommen- und der Kirchensteuer reichte nicht aus, um die Kirchensteuerbelastung auch nur annähernd einzuschätzen. Diese vage Vorstellung war im Gegenteil sogar geeignet, die Kirchensteuerbelastung bei einer Gewinnausschüttung unter Geltung des früheren körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens erheblich zu unterschätzen oder sogar als nicht vorhanden anzusehen.

Ohne Belehrung durch den Steuerberater kommt ein fachkundiger Kirchensteuerzahler wohl kaum auf die Idee, dass die Anrechnung des Körperschaftsteuerguthabens der GmbH auf die Einkommensteuer für die Kirchensteuer folgenlos bleibt und die Kirchensteuer nach der ungekürzten Einkommensteuer bemessen wird. Dies wird im vorliegenden Fall, in dem die Einkommensteuer allein durch das Anrechnungsverfahren von 975.957 DM um 492.826 DM Körperschaftsteuer und ca. 280.000 DM Kapitalertragsteuer gekürzt, die Kirchensteuer aber nach einer Einkommensteuer von 966.231 DM bemessen wurde, besonders deutlich.

Der Beklagte hatte auch keinen Anlass, davon auszugehen, dass die Kläger an einer Information über den Anfall von Kirchensteuer nicht interessiert seien, weil sie für sich bereits die höchstpersönliche Gewissensentscheidung, unter keinen Umständen aus der Kirche auszutreten, getroffen hätten.

d) Die Parteien gehen übereinstimmend zutreffend davon aus, dass die Kirchensteuer für das Veranlagungsjahr 2001 nicht mehr vermeidbar war, als der Beklagte den klagenden Ehemann am 10.12.2001 aufgrund eines Sonderauftrags über die steuerlichen Folgen der von ihm empfohlenen Gewinnausschüttung beriet.

Gemäß § 3 Abs. 2 NRW KiStG **endet die Kirchensteuerpflicht bei einem nach Maßgabe der geltenden staatlichen Vorschriften erklärten Kirchenaustritt „mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Erklärung des Kirchenaustritts wirksam geworden ist“.** Wirksam wird die Kirchenaustrittserklärung mit Ablauf des Tages, an dem sie beim zuständigen Amtsgericht erklärt wird, wie sich aus den von den Klägern vorgelegten Bescheinigungen des Amtsgerichts vom 19.12.2002 ergibt. Eine Kirchenaustrittserklärung der Kläger im Dezember 2001 hätte also erst zum 31.12.2001, d.h. nach Ablauf des Veranlagungsjahres, in dem die Gewinnausschüttung zu versteuern war, das Ende ihrer Kirchensteuerpflicht bewirkt.

Daher kommt es entscheidend darauf an, ob der Beklagte auch ohne Sonderauftrag spätestens in der ersten Hälfte des Dezember 2000 verpflichtet war, die Kläger auf den Anfall von Kirchensteuer im Zusammenhang mit einer Gewinnausschüttung der S. und F. GmbH hinzuweisen. (Nur) bei einer Belehrung zu diesem Zeitpunkt hätten die Kläger genügend Zeit gehabt, durch Erklärung des Kirchenaustritts vor Ablauf des Dezember 2000 gemäß § 3 Abs. 2 NRW KiStG ihre Kirchensteuerpflicht für das gesamte Veranlagungsjahr 2001 zu vermeiden.

Der Senat geht von einer Belehrungspflicht des Beklagten spätestens in der ersten Hälfte des Dezember 2000 aus. Bis zu diesem Zeitpunkt hätte er sich ausreichend **Kenntnisse vom genauen Inhalt des am 23.10.2000 verabschiedeten und am 14.11.2000 im Bundessteuerblatt Teil I, Seite 1428 f veröffentlichten StSenkG verschaffen können und müssen.**

Überlegungen dazu, ob und welche Auswirkungen das StSenkG für die Kläger haben werde, hätte er schon vor Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens anstellen müssen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung stammt vom 9.2.2000 und beinhaltete bereits die für die Kläger bedeutsamen Vorschriften über die Abschaffung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens für Gewinnausschüttungen an Anteilseigner nach dem 31.12.2001.

Dieser Entwurf wurde im Verlauf des Jahres 2000 ausführlich in von Steuerberatern zu beachtenden Fachzeitschriften kommentiert, u.a. in:

- Der Betrieb, Beilage Nr. 4/2000 zu Heft Nr. 11 v. 17.3.2000
- GmbH-Rundschau 2000, Seite 205 f und 901 f
- Deutsches Steuerrecht, Heft 9/2000, Seite 353 f, und Heft 11/2000, Seite 445 f

und war als Anhang zur 19. Auflage 2000 des Kommentars von Schmidt zum EStG beigelegt.

Aufgrund der erheblichen Bedeutung des StSenkG für die Unternehmensbesteuerung war jeder Steuerberater seit der Verabschiedung des Entwurfs vom 9.2.2000 gehalten, sich aus allgemein zugänglichen Quellen über den näheren Inhalt zu unterrichten, um danach rechtzeitig klären zu können, ob es geboten war, den Mandanten Maßnahmen zur Abwehr drohender Nachteile anzuraten (BGH, NJW 2004, 3487 zu Steuerberaterpflichten bei möglicher bevorstehender Gesetzesänderung).

Hätte der Beklagte sich bereits im Verlauf des Jahres 2000 über den Entwurf des StSenkG informiert, wäre für ihn die Abschaffung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens mit einer Übergangsregelung für Ausschüttungen aus Wirtschaftsjahren vor dem 1.1.2002 nicht so überraschend gewesen, dass er danach längere Zeit zur Überprüfung der Folgen des Gesetzes für seine Mandanten benötigte. **Die Verabschiedung des Gesetzes hätte er bereits Ende Oktober 2000 entsprechenden Pressemitteilungen entnehmen können. Bis Ende November 2000 hätte er sich den genauen Wortlaut des Gesetzes beschaffen können, so dass er Anfang Dezember 2000 in der Lage gewesen wäre, mit den Klägern zu erörtern**, ob Maßnahmen zur Abwehr drohender Nachteile noch im Jahr 2000 geboten waren.

Aufgrund der ihm bekannten Gewinnthesaurierung bei der S. und F. GmbH hätte sich ihm ohne längere Überlegungszeit aufdrängen müssen, dass Handlungsbedarf bestand. Unerheblich ist, dass Anfang Dezember 2000 der Gewinn der GmbH im Jahr 2000 noch nicht abschließend ermittelt werden konnte und die Gewinnentwicklung für 2001 noch nicht absehbar war. Bereits der damals bekannte Bestand der thesaurierten Gewinne der GmbH zum 31.12.1999 in Höhe von über 1,7 Mio. DM gab dringend Anlass, mit dem klagenden Ehemann eine Gewinnausschüttung der GmbH vor dem 31.12.2001 und

die damit für die Kläger verbundenen steuerlichen Vor- und Nachteile zu erörtern.

Der Beklagte durfte die Erörterung nicht deswegen auf Dezember 2001 verschieben, weil das körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren für Gewinnausschüttungen bis 31.12.2001 anwendbar blieb. Abgesehen davon, dass er von einem grundsätzlichen Interesse seiner Mandanten an einer möglichst frühen Information über die für sie relevanten Folgen des StSenkG ausgehen musste, um ihnen die Möglichkeit zu geben, möglichst bald Maßnahmen zur Abwehr von Nachteilen zu treffen, war hier der spezielle Hinweis auf den Anfall beträchtlicher Kirchensteuer noch im Dezember 2000 notwendig, damit die Kläger Gelegenheit hatten, die Kirchensteuer für das Veranlagungsjahr, in dem die Ausschüttung erfolgte, durch Austritt aus der Kirche vollständig zu vermeiden.

Der Beklagte war verpflichtet, die Kläger auf § 3 Abs. 2 NRW KiStG, wonach die Kirchensteuerpflicht nur für die Zukunft und erst mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Erklärung des Kirchenaustritts wirksam geworden ist, endet, hinzuweisen. **Damit ist nicht gesagt, dass ein Steuerberater seine Mandanten stets darauf hinweisen muss, sie könnten die Kirchensteuer durch Austritt aus der Kirche vermeiden. Etwas anderes hat der Senat auch nicht in seinem Urteil vom 20.12.2002 (a.a.O.) angenommen.**

Selbstverständlich darf ein Steuerberater insoweit grundsätzlich von der fehlenden Belehrungsbedürftigkeit seines Mandanten ausgehen. Im Dezember 2000 ergab sich jedoch die Besonderheit, dass der Kirchenaustritt von den Klägern noch in diesem Monat erklärt werden musste, wenn sie die beträchtliche Kirchensteuer im Zusammenhang mit einer Gewinnausschüttung im Veranlagungsjahr 2001 vermeiden wollten.

Offen bleiben kann, ob der Beklagte ungefragt auf § 3 Abs. 2 NRW KiStG hätte hinweisen müssen. Der Senat geht, wie unter 3. näher ausgeführt wird, davon aus, dass der beklagte Ehemann ihm nach Belehrung über den Anfall beträchtlicher Kirchensteuern zu erkennen gegeben hätte, dass er einen Austritt aus der Kirche erwäge. Vor diesem Hintergrund musste der Beklagte auf § 3 Abs. 2 NRW KiStG hinweisen, da er nicht erwarten konnte, dass dem klagenden Ehemann die genauen Voraussetzungen für den Wegfall der Kirchensteuerpflicht bekannt waren.

2. Verschulden

Das Verschulden des pflichtwidrig handelnden Steuerberaters ist entsprechend § 282 a.F. BGB zu vermuten mit der Folge, dass sich dieser entlasten muss. Das ist dem Beklagten nicht gelungen.

3. Haftungsausfüllende Kausalität

Die Pflichtverletzung des Beklagten war ursächlich für die Belastung der Kläger mit der festgesetzten Kirchensteuer. Die entsprechende Feststellung des Landgerichts ist rechtsfehlerfrei und wird mit der Berufung des Beklagten auch nicht beanstandet.

Gemäß § 249 Satz 1 BGB a.F. hat ein ersatzpflichtiger Berater den Zustand herzustellen, der ohne seine Pflichtverletzung bestünde. **Deswegen ist gemäß § 287 ZPO festzustellen, welchen Verlauf die Dinge bei pflichtgemäßem Verhalten des Beraters genommen hätten, insbesondere, wie der Auftraggeber darauf reagiert hätte, und wie dessen Vermögenslage dann wäre** (BGH, NJW 2002, 593, 594; Zugehör, a.a.O., 1171 f, Anm. 1.4.).

Aufgrund der urkundlich belegten Kirchenaustrittserklärungen der Kläger am 19.12.2002, kurz nach Kenntnisnahme der vom Beklagten für das Veranlagungsjahr 2001 errechneten Kirchensteuern, ist mit der gemäß § 287 ZPO ausreichenden überwiegenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass der klagende Ehemann, wäre er bereits im Dezember 2000 vom Beklagten über den Anfall beträchtlicher Kirchensteuern bei Gewinnausschüttung der GmbH informiert worden, zu erkennen gegeben hätte, dass jedenfalls er einen Kirchenaustritt in Erwägung ziehe. Des Weiteren ist gemäß § 287 ZPO anzunehmen, dass beide Kläger nach weiterer Beratung über die Voraussetzung der Beendigung der Kirchensteuerpflicht gemäß § 3 Abs. 2 NRW KiStG noch im Dezember 2000 den Austritt aus ihren Kirchen erklärt und dafür gesorgt hätten, dass hierauf abgestimmt die Gewinnausschüttung der GmbH erst – wie tatsächlich geschehen – im Jahr 2001 vorgenommen wird.

Diese Entscheidung hätten die Kläger mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auch dann getroffen, wenn sie vom Beklagten – ordnungsgemäß – auch darüber belehrt worden wären, dass die Kirchensteuer im Veranlagungsjahr der Zahlung als Sonderausgabe einkommensteuermindernd geltend gemacht werden könne.

4. Schaden

Auf der Grundlage der Rechtsprechung des BGH (NJW-RR 2003, 1035), wonach für das Vertragsrecht anerkannt ist, dass eine Pflichtverletzung nur zum Ersatz der Schäden führen kann, deren Vermeidung die verletzte Pflicht bezweckt, kommt eine Haftung des Beklagten nur für die durch die Gewinnausschüttung verursachte Kirchensteuerbelastung der Kläger in Betracht. **Hierauf anzurechnen sind die Vorteile, die den Klägern durch den Abzug dieser im Jahr 2003 nachentrichteten Kirchensteuer als Sonderausgaben für dieses Veranlagungsjahr erwachsen sind.**

Die im Verlauf der zweiten Instanz korrigierte Schadenberechnung der Kläger wird den Anforderungen des BGH gerecht. Der Beklagte hat die Berechnungen in den Schriftsätzen der Kläger vom 4.1.2005 und 24.2.2005 nicht beanstandet.

II.

Der zuerkannte Zinsanspruch ist gemäß § 288 Abs. 1 BGB n.F. gerechtfertigt. Soweit die Kläger für die Zeit vom 27.6.2003 bis 23.10.2004 Zinsen aus einem Hauptbetrag von über 17.858,43 EUR geltend machen, ist ihre Klage unbegründet. Dass sie in dieser Höhe einen Zinsschaden etwa durch entgangene Kapitalerträge oder durch die Notwendigkeit der Aufnahme eines Bankkredits zur Finanzierung der Steuernachforderung aus dem Jahr 2003 erlitten haben, tragen sie nicht vor. Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB können sie nur aus dem Betrag von 17.858,43 EUR beanspruchen, denn nur in dieser Höhe ist ihnen ein Schaden entstanden.

Bei der Berechnung des Schadens ist die gesamte Schadenentwicklung bis zum prozessual spätestmöglichen Zeitpunkt, nämlich dem der letzten mündlichen Verhandlung in den Tatsacheninstanzen, einzubeziehen (BGH, NJW 2004, 445).

(...)

Weiterführender Hinweis:

Zur Verpflichtung des Steuerberaters zur vollständigen und umfassenden Belehrung seines Auftraggebers über die steuerlichen Folgen eines Rechtsgeschäfts (hier: Kirchensteuern) vgl. OLG Düsseldorf, GI 2003, 60.

Anlageberatung

- „Schrottimmobilie“
 - Spezifische Risiken
 - Ungewöhnliche Finanzierungsdauer
 - Dauer der Zinsbindung
 - Beitritt zum Mietpool
 - Unrealistische Wertsteigerungen
- (OLG Celle, Urt. v. 8.3.2005 - 16 U 193/04)

Leitsatz:

Zu den Beratungspflichten beim Immobilienkauf aus einem Beratungsvertrag.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger begehrt im Wege des Schadenersatzes die Rückabwicklung eines im Jahr 1993 geschlossenen Kaufvertrages über eine Eigentumswohnung in H. mit der Begründung, er sei von einem Vermittler der A. & Partner, die ihrerseits von der H. & B. GmbH beauftragt worden sei, im Zusammenhang mit dem Erwerb der voll finanzierten Wohnung falsch beraten worden.

Die Beklagte war u.a. Eigentümerin der aus insgesamt 80 Einheiten bestehenden Wohnanlage in H., die sie nach Teilsanierung und Aufteilung in Eigentumswohnungen der im Jahr 2000 in Konkurs gefallenen H. & B. GmbH zum Vertrieb an die Hand gegeben hatte. Sie ließ dem 1965 geborenen Kläger – wie in zahlreichen anderen dem Senat vorliegenden Fällen – durch standardisiertes notarielles Angebot des von ihr ständig beauftragten Notars S. in H. eine Zwei-Zimmer-Wohnung zum Preis von 138.095 DM anbieten. Der Kläger nahm dies Angebot am 5.9.1993 an.

Unstreitig erhielt der Kläger einen Verkaufsprospekt der Beklagten, in dem u.a. auf die Vertriebsfirma H. & B. GmbH und deren Tochterfirmen hingewiesen war. Die Beklagte behauptet dazu, es habe jedenfalls keine schriftliche Vertriebsvereinbarung gegeben.

Wie in zahlreichen ähnlich gelagerten Fällen auch, schloss der Kläger einen Finanzierungsvermittlungs- und Objektvermittlungsvertrag ab, was sich aus den entsprechenden Gebühren ergibt, die neben den Abschlussgebühren für die Darlehensverträge und weiteren Nebenkosten ebenfalls dem Finanzierungsaufwand zugeschlagen wurden, so dass sich insgesamt ein Betrag von 161.000 DM ergab, der zunächst durch zwei tilgungsfreie Vorausdarlehen der B. zur Ver-

fügung gestellt wurde, die sodann durch zwei nacheinander anzuspärende Bausparverträge der B. abgelöst werden sollten.

Insoweit entspricht das Finanzierungsmodell in vollem Umfang dem so genannten Dortmunder Modell, welches Gegenstand der beiden Parteien bekannten Senatsentscheidungen in den Verfahren 16 U 126/04 und 127/04, OLG-Report Celle 2005, 44 (BGH - V ZR 4/05 und 5/05) war, auf die verwiesen wird.

Um zu vermeiden, dass die Beklagte für Beratungsfehler (insbesondere bei der Finanzierung) der von ihr beauftragten Vertriebspartnerin und der von dieser gegründeten Untergesellschaften und sonstiger von diesen Gesellschaften eingeschalteter Vermittler haften muss, bestimmt § 8 des notariellen Kaufangebotes, dass der Verkäufer für die Wirtschaftlichkeit inkl. Steuer-effekte keine Verantwortung übernimmt, die Finanzierung ausschließlich Sache des Käufers ist und insbesondere Vertriebsbeauftragte der Verkäuferin nicht berechtigt sind, zu diesem Thema verbindliche Aussagen zu machen.

Der Kläger hat behauptet, er sei im Sommer 1993 von einem Mitarbeiter K. der Vermögensberatung A. & Partner aufgesucht worden, der ihm den Erwerb der Wohnung als Kapitalanlage zur Steuerersparnis und Altersvorsorge bei Vollfinanzierung empfohlen habe. Der Erwerb sei ohne Eigenkapital möglich und die monatlichen Belastungen würden fast ganz durch Steuerersparnis und eingenommene Mieten gedeckt. Auch ein späterer Verkauf der Wohnung nach einigen Jahren sei voraussichtlich mit Gewinn möglich. Dazu habe ihm K. verschiedene Berechnungsbeispiele vorgelegt (...).

Hierdurch sei bei ihm der unrichtige Eindruck vermittelt worden, er könne mit festen Mieteinnahmen rechnen, was jedoch durch den im Darlehensvertrag zur Bedingung gemachten Beitritt zum Mietpool (Mieteinnahmegemeinschaft) nicht der Fall gewesen sei. Falsch sei auch die im Berechnungsbeispiel ausgewiesene jährliche Rendite- und Mietsteigerung. Mit Sicherheit zu erwartende Ausgaben seien verschleiert bzw. gar nicht angegeben.

Es fehle ein deutlicher Hinweis auf steigende Ansparleistungen für die Bausparverträge, so dass die Angabe von 230,73 DM (monatliche Unterdeckung vor Tilgung) irreführend sei. Die Bausparraten liegen zudem erheblich unter den üblichen Regelsparraten, was zu einer späteren

Zuteilung führe und weitere Kosten durch das tilgungsfreie Vorausdarlehen mit sich bringe. So liege die Gesamtfinanzierungsdauer eher bei 31 und nicht – wie angegeben – bei 27 Jahren.

Der Kläger hat die Auffassung vertreten, durch Herrn K. sei mit der Beklagten ein Beratungsvertrag zustande gekommen, diese müsse sich dessen Pflichtverletzungen zurechnen lassen.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, weil der Kläger nicht unter Beweis gestellt habe, das K. für die Beklagte in deren Auftrag tätig geworden sei. Die Berufung des Klägers hatte im Wesentlichen Erfolg.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat Anspruch auf Schadenersatz und Rückabwicklung des Kaufvertrages über die Eigentumswohnung wegen Pflichtverletzungen aus einem Beratungsvertrag, die der Beklagten zuzurechnen sind.

(...)

3. Zu den Beratungspflichtverletzungen

Der Senat geht dabei – wie ausgeführt – von der letzten und damit vor Vertragsabschluss aktuellen Beispielrechnung des Vermittlers K. vom 22.7.1993 aus, die von der Beklagten inhaltlich mit Ausnahme der steuerlichen Belastung des Klägers auch nicht bestritten worden ist.

Der Beratungsvertrag verpflichtet den Verkäufer zu richtiger und vollständiger **Information über die tatsächlichen Umstände, die für den Kaufentschluss des Interessenten von wesentlicher Bedeutung sind oder sein können**. Bei dem Erwerb einer Immobilie zu Anlagezwecken sind dies zunächst die **Aufwendungen, die der Interessent aufbringen muss, um das Objekt mit seinen Mitteln erwerben und halten zu können** (BGHZ 156, 371, 377).

Der Verkäufer muss dabei insbesondere die **mit einer von ihm vorgeschlagenen Finanzierung des Kaufs verbundenen finanziellen Auswirkungen**, einschließlich in eine Aufwandsberechnung eingestellte **Steuervorteile**, zutreffend darstellen und im Zeitpunkt der Beratung bereits abzusehende **ungünstige Veränderungen der Mieteinnahmen oder Unterhaltungskosten** bei der Berechnung der Finanzierungslasten berücksichtigen.

Wird als Kaufanreiz die wirtschaftliche Rentabilität des Erwerbs herausgestellt, muss der Verkäufer auch über die hierfür bedeutsamen Umstände richtig informieren. Er verletzt seine Beratungspflichten, wenn er ein in tatsächlicher Hinsicht unzutreffendes, zu positives Bild der Ertragserwartung der Immobilie oder ihres Wertsteigerungspotenzials gibt und den Interessenten dadurch zum Vertragsschluss veranlasst.

Haftungsbegründend sind dabei nicht sich nachträglich als unrichtig erweisende Prognosen zur Entwicklung des Immobilienmarktes, sondern unrichtige bzw. unterlassene Angaben zu spezifischen, aus den individuellen Gegebenheiten der Immobilie folgenden Risiken, welche die in Aussicht gestellte Rentabilität des Erwerbs erheblich zu mindern oder gar auszuschließen vermögen (BGH, Urt. v. 15.10.2003 – V ZR 223/03, BGH-Report 2005, 342 = MDR 2005, 326).

Nach diesen Grundsätzen sind die nachstehenden Beratungsfehler festzustellen:

a) Die dem Kläger vorgelegte Beispielrechnung vom 22.7.1993 suggeriert auf Seite 2 eine Unterdeckung von monatlich nur 230,73 DM vor Tilgung. Dieser Betrag ist zusätzlich eingerahmt und dadurch hervorgehoben. Er ist allein errechnet aus den Zinszahlungen auf das Vorausdarlehen (11.391 DM) abzgl. des angegebenen Mietertrages der Wohnung (6.014 DM) und abzgl. des für den Kläger angenommenen Steuervorteils (2.608 DM). Die daraus errechnete monatliche Belastung vor Tilgung täuscht jedoch über die mit dem Erwerb einschließlich des Finanzierungsmodells eintretende wahre monatliche Belastung hinweg.

aa) Das folgt zwar nicht schon daraus, dass die auf Seite 3 der Beispielrechnung aufgeführten Daten zur Tilgung die Ansparrate des Bausparvertrages gestaffelt für 12 Jahre nur in Beträgen pro 1.000 DM Finanzierungssumme ausweisen, also hier für das erste bis dritte Jahr 0,75 DM pro 1.000 DM. Der Senat hält an seiner Rechtsprechung fest (OLG Celle, Urt. v. 7.12.2004 – 16 U 127/04, OLG-Report 2005, 44), dass darin keine unvollständige oder fehlerhafte Beratung zu sehen ist, denn der Erwerber kann aus diesen Angaben ohne größere Schwierigkeiten errechnen, wie hoch die monatliche Bausparrate ist, und auch erkennen, dass diese Rate ab dem vierten, siebten und zehnten Jahr ansteigt (anders OLG Oldenburg – 8 U 153/03; wie hier KG – 20 W 154/03).

Im vorliegenden Fall ergaben sich die entsprechenden Angaben zudem aus dem dem Kläger vorliegenden Darlehensvertrag, indem die dynamische monatliche Sparrate beginnend mit 121,50 DM für die ersten drei Jahre und die ansteigenden Raten für die Folgejahre aufgeführt waren. Ein auch nur halbwegs aufmerksamer Erwerber konnte deshalb durchaus noch erkennen, dass zu dem auf Seite 2 der Beispielrechnung hervorgehobenen Betrag von 230,73 DM vor Tilgung noch die ansteigenden Raten für den Bausparvertrag hinzukommen, der praktisch die Tilgung ersetzte.

bb) Im vorliegenden Fall vermag der Senat auch einen Beratungsfehler nicht in der **Nichtaufklärung über die ungewöhnlich lange Dauer der Gesamtfinanzierung** nach dem hier vorliegenden Dortmunder Modell zu sehen.

Die Finanzierung ist – ebenso wie in dem bereits mehrfach genannten Fall 16 U 127/04, OLG-Report Celle 2005, 44 – gekennzeichnet durch ein tilgungsfreies Vorausdarlehen in Höhe von 161.000 DM und die gleichzeitige Ansparung von zwei hintereinander geschalteten Bausparverträgen, durch die das Vorausdarlehen in zwei Tranchen abgelöst werden soll.

Allerdings ist auf Seite 3 der Beispielrechnung die Ablösung des Vorausdarlehens in zwei Teilbeträgen nach 12 bzw. weiteren 8 Jahren durch Bausparguthaben/-darlehen erläutert und eine Finanzierungsdauer von ca. 27 Jahren genannt. **Dem Kläger war damit die voraussichtliche Länge der Finanzierung bekannt.** Dass sie – wie der Kläger vorträgt – eher bei 31 Jahren liegen dürfte, ist aber für den Vertragsabschluss nicht kausal geworden.

cc) Dagegen liegt ein erheblicher Beratungsfehler darin, dass der Kläger **nicht über das Risiko des auf wenigstens 20 Jahre angelegten Vorausdarlehens mit einer Zinsbindung von nur 5 Jahren hingewiesen worden** ist. (...)

dd) Ein weiterer Beratungsfehler liegt darin, dass dem Erwerber durch das Berechnungsbeispiel – abgesehen von dem vorstehend beschriebenen Risiko – nur eine unzutreffende und unvollständige monatlich zu tragende Belastung vorgegaukelt wird. (...)

Eine vollständige Beratung hätte deshalb dem Erwerber nicht nur die hervorgehobenen 230,73 DM vor Tilgung als monatliche Belastung darstellen müssen, sondern hätte um die aufge-

führten weiteren mit Sicherheit zu erwartenden Kosten einschließlich der Ansparleistungen auf den Bausparvertrag einen Betrag von wenigstens etwa 500 DM monatlich als zu tragende Belastung ausweisen müssen. Nicht enthalten sind darin noch etwa notwendig werdende, aber nach der Lebenserfahrung bei einer gebrauchten Immobilie ebenfalls zu erwartende **Reparaturen am Sondereigentum**. (...)

ee) Ein weiterer Beratungsfehler liegt in der **fehlenden Aufklärung des Klägers über das Risiko des mit der Aufnahme des Vorausdarlehens verbundenen Beitritts zu dem Mietpool**.

Nach dem Inhalt der Beispielrechnung konnte der Kläger davon ausgehen, dass die Einnahme aus der vermieteten Wohnung mit jährlich 6.014 DM als gesichert anzunehmen sei. Zwar ist dem Kläger durch den Risikohinweis der Beklagten natürlich bekannt gewesen, dass man immer mit dem Leerstand einer Wohnung als Vermieter zu rechnen hat. Indessen war hier das Risiko des Mietpools ein anderes, weil hier durch die Mitglieder des Pools das Risiko der angeschlossenen Wohnungen gleichsam auf alle verteilt wurde.

Dem Vorteil der Sozialisierung des Leerstandes der eigenen Wohnung stand mithin der Nachteil des Leerstandes möglicherweise zahlreicher anderer Wohnungen aus dem Mietpool gegenüber, die dann auch auf alle entsprechend umgelegt werden. (...)

ff) Ein weiterer Beratungsfehler liegt in der Angabe **völlig unrealistischer Wertsteigerungen** sowohl der Eigentumswohnung als auch der zu erzielenden Miete. In der Beispielrechnung wird eine angenommene **Mietsteigerung** von jährlich 5 % und ein **Wertzuwachs** der Immobilie von jährlich 3 % avisiert.

Diese Angaben waren ohne jegliche Grundlage aus der Luft gegriffen und offenbar nur erfolgt, um den potenziellen Erwerber der Wohnung von der (vermeintlichen) Rendite des Objekts zu überzeugen, obwohl es sich um Sozialwohnungen handelte, die dem Wohnungsbindungsgesetz unterfielen.

Durch das Berechnungsbeispiel wurde dem Kläger suggeriert, dass die Belastungen durch den Erwerb „zu einem großen Teil, höchstwahrscheinlich sogar unter Berücksichtigung der weiteren Mietentwicklung voll durch die ein-

gehende Miete abgedeckt sein“ wird. Er wurde hierdurch in der Erwartung bestätigt, der Erwerb der Wohnung werde sich mit wenig Aufwand tragen lassen. Das Gegenteil war der Fall.

gg) Schließlich zeichnet das Berechnungsbeispiel auch nur eine Momentaufnahme, **ohne den Kläger hinreichend über die nach der Lebenserfahrung zu erwartende künftige Entwicklung aufzuklären.**

hh) Dies gilt auch für den in der Beispielrechnung angesprochenen Wertzuwachs der Immobilie. (...)

ii) Eine Gesamtschau der dargestellten Beratungsfehler führt dazu, dass der Kläger durch das Berechnungsbeispiel in mehrfacher Hinsicht über die mit dem Erwerb der Eigentumswohnung zu erwartenden Kosten und Risiken nicht hinreichend aufgeklärt worden ist.

Vielmehr wurde ihm die monatlich zu erwartende Belastung geradezu verschleiert durch die hervorgehobene Angabe des Betrages von 230,73 DM vor Tilgung, ohne die mit Sicherheit zu erwartenden weiteren Kosten darzustellen.

Stattdessen wird auf Seite 2 und 3 der Beispielrechnung mit angenommenen Mietsteigerungen und Wertsteigerungen der Immobilie operiert, die im Gegensatz zu den wahren Belastungen ausführlich dargestellt sind und dem Erwerber eine letztlich unzutreffende Rendite vorspiegeln, die den tatsächlichen Verhältnissen und zu erwartenden Entwicklungen nicht im Mindesten entspricht.

Die Verletzung der Beratungspflicht liegt dabei nicht darin, dass es sich **erkennbar um Prognosen und nicht um garantierte Steigerungen** der Werte und Mieten handelte, sondern in der hierdurch unterstützten bewussten Verschleierung der wahren Belastungen.

4. Angesichts der dargestellten Beratungsfehler, die die Beklagte gemäß §§ 276, 278 BGB zu vertreten hat, hätte der Kläger die Eigentumswohnung nicht erworben.

5. Die Beklagte ist deshalb zum Schadenersatz verpflichtet und hat den Kläger so zu stellen, als hätte er von dem Vertragsabschluss abgesehen (*BGH v. 27.11.1998 - V ZR 344/97, BGHZ 140, 111 = MDR 1999, 349*).

Befangenheit eines Sachverständigen

- Privatgutachter für eine Partei
- Gerichtssachverständiger

(*OLG Frankfurt/M., Beschl. v. 21.2.2005 - 2 W 8/05*)

Leitsatz:

Die Ablehnung eines Sachverständigen ist begründet, wenn er bereits ein Privatgutachten für eine Partei erstattet hat.

Aus den Gründen:

Ein Sachverständiger kann aus denselben Gründen wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden wie ein Richter (§ 406 Abs. 1 Satz 1 ZPO). Ein Ablehnungsgrund, der die Besorgnis der Befangenheit begründet, ist bereits gegeben, **wenn in den Augen eigener objektiver Partei ein Grund gegeben ist, der bei verständiger Würdigung Anlass für ein Misstrauen der Partei gegenüber dem Sachverständigen rechtfertigen könnte** (*OLG Köln, MDR 2002, 53; VGH Bay. v. 4.8.2003 - 1 C 03/950, NJW 2004, 90*).

Ein solcher Anlass ist vorliegend jedoch nach Auffassung des Senats gegeben. So hat der Sachverständige unstreitig bereits im Juli/August 2004 ein Privatgutachten erstattet zum Befall des auch hier streitgegenständlichen Mietobjektes durch Schimmelpilze. Es handelte sich um die identischen Vorwürfe wie in dem hier zur Entscheidung stehenden Beweissicherungsverfahren. Zwar waren unterschiedliche Räume, evtl. auch Stockwerke betroffen, doch handelte es sich um den identisch selben Erreger. Hinzu kommt auch die zeitliche Nähe des Privatgutachtens Juli/August 2004 zur Beauftragung des Sachverständigen im vorliegenden Verfahren.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Beschwerdegegnerin dieses Privatgutachten kannte, als sie Antrag auf das vorliegende Beweissicherungsverfahren gestellt hat. Zwar kannte die Beschwerdeführerin dieses Gutachten gleichfalls, doch hat die Beschwerdegegnerin im Schriftsatz vom 26.8.2004 in erster Linie als Sachverständige Frau Dr. rer. nat. I.D. benannt und erst in zweiter Linie den Dipl.-Ing. C.G.

Nachdem die Sachverständige Dr. D. die Bearbeitung des Gutachtens abgelehnt hatte, wurde der Sachverständige G. mit der Erstattung des vorliegenden Gutachtens beauftragt. Dieser hat von

Treuhand

sich aus nicht darauf hingewiesen, dass er bereits über das streitgegenständliche Objekt ein Privatgutachten im Juli/August 2004 erstattet hatte. **Es kann dahingestellt bleiben, ob ein Sachverständiger generell verpflichtet ist, eine Vorbefassung mitzuteilen** (OLG Koblenz v. 24.6.2002 – 14 W 363/02, MDR 2002, 1152; a.A. wohl OLG Düsseldorf und OLG Rostock). Vorliegend ist dagegen zu berücksichtigen, dass derselbe Sachverständige **einmal ein Privatgutachten in unmittelbarer zeitlicher Nähe erstattet hat** und nunmehr als Gerichtssachverständiger und damit neutraler Sachverständiger tätig werden soll.

Nach Auffassung des Senats ein verpflichtender Grund für den Sachverständigen, hierauf hinzuweisen. **Er soll in jedem Falle den Anschein von Befangenheit vermeiden, denn dieser genügt für die Annahme einer Parteilichkeit** (OLG Frankfurt, NJW 1993, 581; so auch OLG Frankfurt v. 8.11.1982 – 17 U 63/82, NJW 1983, 581; s. aber auch OLG Düsseldorf v. 8.7.1997 – 22 W 29/97, OLG-Report Düsseldorf 1998, 51 = NJW-RR 1997, 1428; v. 31.1.1995 – 23 W 3/95, OLG-Report Düsseldorf 1995, 203 = BauR 1995, 876).

Diese Pflicht zur Mitteilung wäre vorliegend auch deshalb geboten gewesen, weil erfahrungsgemäß ein Sachverständiger **bei Erstattung eines Privatgutachtens zu der Tendenz neigt, die Erwartungen seines Auftraggebers zu bestätigen**. Sollte er später als gerichtlich bestellter Sachverständiger zu einem anderen Ergebnis kommen, müsste er einräumen, dass er bei einer Begutachtung des identischen Gebäudes unzutreffend entschieden hat. Deshalb ist die Tendenz zu erwarten, dass in beiden Gutachten ein identisches Ergebnis herauskommen wird.

Da ein Gerichtssachverständiger neutral unvoreingenommen sein soll und lediglich aufgrund seiner Sachkunde zu objektiv belegbaren Ergebnissen kommen muss, bestehen vorliegend Bedenken, ob der abgelehnte Sachverständige diesen Ansprüchen genügen würde.

Es kann deshalb auch dahingestellt bleiben, dass der Sachverständige **nicht allgemein vereidigt ist**, und ferner, **in welchem Umfang er bereits forensische Erfahrung gesammelt hat**.

Entgegen dem Beschluss des LG Frankfurt/M. vom 30.7.2004 sieht der Senat die Entscheidungen des OLG Frankfurt sowie des OLG Düsseldorf (a.a.O.) als mit dem vorliegenden Fall vergleichbare Entscheidungen an.

- Doppelzahlung an Treuhänder
 - Rückzahlungspflicht
 - Wegfall der Bereicherung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 11.1.2005 – I-24 U 125/04)

Leitsätze:

1. Der Rechtsanwalt – nicht sein Mandant – ist Bereicherungsschuldner, wenn der Gläubiger in Erwartung eines Treuhandverhältnisses, das dann nicht zustande kommt, an den Rechtsanwalt Zahlungen erbracht hat.
2. Auf den Wegfall der Bereicherung kann sich der Rechtsanwalt nicht berufen, wenn er die Treuhandgelder in Kenntnis der Umstände seinem eigenen Vermögen zuführt.
3. Will oder darf der Rechtsanwalt den Treuhandauftrag nicht annehmen, ist er zur unverzüglichen Rückzahlung der vorausgezählten Geldbeträge verpflichtet und haftet andernfalls dem Gläubiger auf Schadenersatz.

Aus den Gründen:

I.

Die Klägerin hatte für die D.-GmbH & Co. KG (im Folgenden: Schuldnerin) eine Prozessbürgschaft gestellt. Gläubigerin war die R.-GmbH & Co. KG (im Folgenden: Mandantin). Diese nahm die Klägerin in dem Verfahren 4 O 343/02 LG Wuppertal und 9 U 37/03 OLG Düsseldorf aus der Prozessbürgschaft in Anspruch. Die Mandantin wurde in diesem Rechtsstreit von den Beklagten vertreten.

Nachdem die Klägerin im Berufungsrechtszug mit Schriftsatz ihrer Prozessbevollmächtigten vom 4.7.2003 die Bürgschaftsforderung anerkannt und die Beklagten um Bestätigung ihrer Geldempfangsvollmacht gebeten hatte, erwiderten diese, sie sähen dem Ausgleich der Klageforderung zzgl. Zinsen „auf unserem Anwalts-anderkonto ... Nr. ...“ entgegen. Bei diesem Konto handelt es sich um das allgemeine Geschäftskonto der Beklagten. Zugleich boten sie an, Zug um Zug die Originalbürgschaft an die Schuldnerin zurückzureichen.

Am 8.7.2003 überwies die Klägerin von dem bei ihr geführten Konto der Schuldnerin die Bürgschaftssumme von 11.599,26 EUR auf das von den Beklagten angegebene Konto.

Am 11.7.2003 überwies die Klägerin einen weiteren Betrag von 11.607,70 EUR auf das genannte Konto. Mit Schreiben vom selben Tag setzte sie die Beklagten von dieser Zahlung in Kenntnis und machte ihnen zur Auflage, von dem Betrag nur Gebrauch zu machen, wenn sichergestellt sei, dass die Klägerin die Originalbürgschaft im Gegenzug zurückerhielt. Außerdem forderte sie die Beklagten auf, „die Annahme unseres Treuhandauftrages auf der beigefügten Briefkopie zu bestätigen“. Dieses Schreiben ging den Beklagten am 14.7.2003 gegen 11.00 Uhr zu.

Am Vormittag desselben Tages händigte der Vertreter der Mandantin im Termin vor dem Oberlandesgericht dem Vertreter der Schuldnerin die Bürgschaftsurkunde aus, nachdem dieser das Anerkenntnis der Bürgschaftsforderung zu Protokoll erklärt hatte.

Mit Schreiben vom 4.8.2003 forderte die Klägerin durch ihre anwaltlichen Vertreter die Beklagten auf, den Betrag von 11.607,70 EUR wegen versehentlich erfolgter Doppelzahlung zurückzuerstatten. Dies lehnten die Beklagten u.a. unter Berufung auf Gegenforderungen der Mandantin ab. Der daraufhin erhobenen Klage hat das Landgericht durch das angefochtene Urteil stattgegeben und die Beklagten zur Rückzahlung von 11.607,70 EUR zzgl. Zinsen verurteilt. Dagegen richtet sich die Berufung der Beklagten. Sie machen geltend, sie seien um den überzahlten Betrag nicht bereichert, weil Leistungsempfängerin die Mandantin sei.

(Anträge ...)

II.

Die zulässige Berufung hat in der Sache keinen Erfolg. Im Ergebnis hat das Landgericht die Beklagten zu Recht zur Rückzahlung der ausgerichteten Summe verurteilt. Das Vorbringen der Beklagten in der Berufungsinstanz rechtfertigt keine andere Entscheidung.

1. Der Anspruch der Klägerin rechtfertigt sich aus § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB, weil die Beklagten durch Leistung der Klägerin um den Betrag von 11.607,70 EUR ungerechtfertigt bereichert sind.

a) Allerdings ist den Beklagten zuzugeben, dass sie nicht Bereicherungsschuldner wären, wenn ihnen der ausgerichtete Betrag als zum Geldempfang bevollmächtigten Rechtsanwälten der Mandantin zugeflossen wäre. Dann wären sie nicht Leistungsempfänger gewesen.

Denn bei der Leistungskondition werden die Beteiligten durch die Lage der Zweckbeziehungen bestimmt. Dieses Merkmal tritt insbesondere beim Bereicherungsausgleich im Drei-Personen-Verhältnis an die Stelle der Unmittelbarkeit der Vermögensverschiebung. Im Rahmen einer Leistungskondition reduziert daher das Erfordernis der Einheitlichkeit des Bereicherungsvorgangs den Bereicherungsausgleich grundsätzlich ausschließlich auf die Partner des Leistungsverhältnisses (BGHZ 40, 272; 50, 227; NJW 1993, 1914; 1999, 1393). Das waren hier die Partner des Bürgschaftsvertrages, die Klägerin und die Mandantin.

Ist der Rechtsanwalt demnach nur „Zahlstelle“, bei der die Geldzahlung eingeht, so ist er nicht Leistungsempfänger, sondern bloßer Leistungsmittler, und damit nicht Bereicherungsschuldner i.S.v. § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB.

In dieser Position hätten sich die Beklagten befunden, wenn ihnen die Zahlung vom 11.7.2003 ersichtlich zur Tilgung der Bürgschaftsforderung ihrer Mandantin gegen die Klägerin zugeflossen wäre. Denn ihr bloßer Hinweis im Schreiben vom 4.7.2003, die Klägerin solle auf das Anwaltsanderkonto ... Nr. ... zahlen, änderte an der Position der Beklagten als Stellvertreter nichts. Die Beklagten wurden dadurch nicht zu dem selbstständig dazwischen tretenden Treuhänder, der gleich dem mittelbaren Stellvertreter die Leistung im eigenen Namen empfängt und damit Bereicherungsschuldner wird (vgl. BGH, NJW 1961, 1461).

Mit der bloßen Angabe ihres Geschäftskontos als Anwaltsanderkonto sind die Beklagten aus der Rolle des unmittelbaren Stellvertreters und Geldempfangsbevollmächtigten nicht herausgetreten, so dass in Ermangelung weiterer Umstände (dazu sogleich unter b)) die Zahlung der Klägerin den Zweck verfolgt hätte, die Bürgschaftsforderung der Mandantin zu tilgen.

b) Indessen haben die Beklagten den ausgerichteten Betrag deshalb ohne Rechtsgrund durch Leistung der Klägerin erlangt, **weil ihre Geldüberweisung den Zweck verfolgte, einen eigenen Treuhandvertrag der Klägerin mit den Beklagten zu begründen.**

Es ist anerkannt, dass eine vereinbarte Zweckbestimmung alleinige Grundlage der Leistung sein kann und bei Fehlschlagen des bezweckten Erfolgs die Zuwendung rückforderbar macht. Dies ist regelmäßig in solchen Fällen gegeben,

in denen eine **Hingabe des Bereicherungsgegenstandes in der Erwartung eines erst noch zustande kommenden Vertrages erfolgt** (vgl. BGH, MDR 1976, 38; ferner die Beispiele bei Palandt/Thomas, BGB 64. Aufl., § 812 Rdnr. 89). Dabei ist unerheblich, **ob die vereinbarte Zweckbestimmung neben einen anderen Rechtsgrund tritt** und ob es tatsächlich zu einer Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner kommt. Entscheidend ist, dass der Zuwendende eine entsprechende Tilgungsbestimmung trifft, deren Voraussetzungen sich im Nachhinein als nicht vorhanden herausstellen. So liegen die Dinge hier zum Nachteil der Beklagten.

Mit Schreiben vom 11.7.2003 bestimmte die Klägerin den Zweck ihrer Zahlung von 11.607,70 EUR ausdrücklich dahin, **dass der Betrag „zu treuen Händen überwiesen“ sei, und machte den Beklagten zur Auflage, von dem Betrag nur Gebrauch zu machen, wenn sichergestellt sei, dass die Klägerin die Originalbürgschaften im Gegenzug zurückerhielt. Schließlich forderte sie die Beklagten auf, die Annahme ihres Treuhandauftrages auf der beigegeführten Briefkopie zu bestätigen.**

Damit war aus Sicht der Beklagten deutlich, dass der überwiesene Geldbetrag nur im Rahmen eines der Klägerin schriftlich bestätigten Treuhandvertrages verwendet werden durfte. Zugleich hatte die Klägerin damit neben das Kausalverhältnis zur Mandantin der Beklagten einen anderen, zusätzlichen Leistungszweck gesetzt.

Dagegen können die Beklagten nicht mit Erfolg einwenden, dass ihnen das Schreiben der Klägerin erst nach Aushändigung der Bürgschaftsurkunden im Laufe des 14.7.2003 zugegangen sei. Zum einen ändert dies an der von der Klägerin getroffenen Leistungsbestimmung nichts. Zum anderen ergab sich aber auch aus dem **Überweisungsträger**, der zur Gutschrift von 11.607,70 EUR auf dem Konto der Beklagten führte, dass die Überweisung einem **„Treuhandauftrag vom 11.7.2003“** diene. Damit war für die Beklagten als Empfänger, auf deren Horizont abzustellen ist, ersichtlich, dass ihnen ein Geldbetrag für einen nicht oder noch nicht existierenden Treuhandauftrag zugewendet worden war.

Als sie aber nach Eingang des Schreibens vom 11.7.2003 die Einzelheiten des Treuhandauftrages erkennen konnten, nahmen sie diesen Auftrag nicht an. Denn dazu hätten sie gemäß

§ 154 Abs. 1 BGB der Klägerin, wie von ihr verlangt, eine schriftliche Bestätigung des Treuhandvertrages zukommen lassen müssen.

Selbst wenn über das Schriftformerfordernis hinweggesehen würde, könnte die Aushändigung der Bürgschaftsurkunden in der mündlichen Verhandlung vor dem 9. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf am 14.7.2003 nicht als Annahme des Treuhandauftrages gewertet werden. Zum einen waren den Beklagten, wie sie selbst vortragen, die Einzelheiten des Treuhandauftrages gar nicht bekannt. Dann konnte aus der objektiven Sicht des die Urkunde entgegennehmenden Vertreters der Klägerin die Übergabe nicht den Erklärungswert der Annahme des Treuhandvertrages enthalten.

Zum anderen konnte aber die Aushändigung der Bürgschaftsurkunde den Erklärungsgehalt haben, dass damit das Bürgschaftsverhältnis zwischen Klägerin und Mandantin endgültig abgewickelt werden sollte. **Unstreitig war die zuerst erfolgte Zahlung auf dieses Bürgschaftsverhältnis geleistet worden und hatte es zum Erlöschen gebracht mit der Folge, dass die Mandantin die Bürgschaftsurkunde nicht länger behalten durfte.**

Damit steht auch fest, **dass die Beklagten den Betrag von 11.607,70 EUR ohne Rechtsgrund erlangt haben, weil sie das Treuhandverhältnis zur Klägerin, dessen Schaffung die Zahlung bezweckte, nicht eingegangen sind.**

Die Beklagten können sich nicht mit Erfolg auf den Wegfall der Bereicherung gemäß § 818 Abs. 3 BGB berufen. **Denn sie hatten zum Zeitpunkt der Verrechnungen und Aufrechnungen in ihrem Schreiben vom 11.8.2003 Kenntnis von allen Vorgängen, also auch von der rechtsgrundlosen Zahlung der Klägerin. Dies führt gemäß §§ 819 Abs. 1, 818 Abs. 4 BGB zu ihrer Haftung nach den allgemeinen Vorschriften.**

2. Die Klageforderung rechtfertigt sich im Übrigen auch als **Schadenersatzanspruch wegen Verschuldens bei Vertragsschluss** (§ 311 Abs. 2 BGB). Da ein Treuhandverhältnis zwischen den Parteien nicht zustande gekommen ist und damit ein Geschäftsbesorgungsvertrag die Parteien nicht miteinander verband, konnten daraus Schadenersatzansprüche der Klägerin auch nicht entstehen.

Ein Schuldverhältnis ist zwischen den Parteien gemäß § 311 Abs. 2 Nr. 2 BGB dennoch entstan-

den, weil die Klägerin in der Erwartung der Anbahnung eines Treuhandvertrages den Beklagten durch Zuwendung des streitigen Geldbetrages die Möglichkeit zur Einwirkung auf ihre Rechtsgüter und Interessen gegeben hat. Damit entstand ein vorvertragliches Schuldverhältnis, aus dem zwar nicht primäre Leistungspflichten, sondern nur **die in § 241 Abs. 2 BGB angesprochenen Pflichten zur Rücksicht auf die Rechte, Rechtsgüter und Interessen des anderen Teils erwachsen sind**. So liegen die Dinge auch im Entscheidungsfall.

Mit Schreiben vom 4.7.2003 hatten die Beklagten die Klägerin aufgefordert, auf ihr Anwaltsanderkonto ... Nr. ... die Bürgschaftssumme zu leisten, nachdem die Vertreter der Klägerin sie um Bestätigung der Geldempfangsvollmacht gebeten hatten. Wenn die Klägerin ihre Zahlung von einer treuhänderischen Bindung der Beklagten abhängig machte, durften die Beklagten dieses Geld nicht vereinnahmen. Vielmehr **waren sie bei Ablehnung des Treuhandauftrages verpflichtet, der Klägerin unter Darlegung dieses Umstandes das Geld zurückzuzahlen**.

Erst recht durften sie dieses Geld nicht länger behalten, nachdem sie erkannt hatten, dass die Bürgschaftssumme ein zweites Mal auf ihr Geschäftskonto gelangt war. **Gemäß § 280 Abs. 1 BGB haben sie, da sie die Gelder anderweitig verrechnet haben, der Klägerin den vereinnahmten Betrag auch als Schadenersatz zu erstatten.** (...)

Zurückbehaltungsrecht

- Streitige Honorarforderung
 - Unterlagen des Mandanten
 - Unzulässige Rechtsausübung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 21.12.2004 - I-23 U 36/04)

Leitsätze:

1. Der Steuerberater, der aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages tätig wird, ist verpflichtet, die ihm von dem Mandanten zum Zweck der Geschäftsbesorgung überlassenen Unterlagen (Kassenbelege, Kassenabrechnungen, Bankauszüge) an diesen bei Beendigung des Mandats herauszugeben. Im Falle der Unwirksamkeit der Beauftragung ergibt sich der Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung gemäß § 812 Abs. 1 BGB.

2. Sind die Unterlagen einer Steuerberatersozietät übergeben worden, schuldet jedes einzelne Mitglied der Sozietät wie ein Gesamtschuldner neben der Gesellschaft die Herausgabe.

3. Ein Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters an den Handakten besteht gemäß § 66 Abs. 4 StBerG nur insoweit, als er für die konkrete Angelegenheit, für die er die Unterlagen erhalten hat, noch Vergütung verlangen kann.

4. Gemäß § 66 Abs. 4 Satz 2 StBerG besteht ein Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters nicht, wenn die Vorenthaltung der Handakten oder einzelner Schriftstücke nach den Umständen gegen Treu und Glauben verstoßen würde. Ein solcher Fall liegt vor, wenn die Klärung der Gegenforderung des Steuerberaters schwierig und zeitraubend ist und dadurch die Durchsetzung des Herausgabeanspruchs des Mandanten auf unabsehbare Zeit verhindern kann.

Aus den Gründen:

I.

Die zulässige Berufung der Klägerin ist begründet. Die Entscheidung des Landgerichts beruht auf einem Rechtsfehler (§§ 513, 546 ZPO). Der Klägerin steht ein Anspruch auf Herausgabe der dem Beklagten zur Durchführung des Steuerberatungsmandats überlassenen Unterlagen zu, ohne dass sich dieser mit Erfolg auf ein Zurückbehaltungsrecht berufen kann.

1. Es bedarf keiner Entscheidung, ob der von der Klägerin erteilte Beratungsauftrag wirksam ist. **Ist der Vertrag wirksam, dann ergibt sich der Herausgabeanspruch aus §§ 675 Abs. 1, 667 BGB.** Danach ist der Steuerberater, der aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages tätig wird, verpflichtet, die ihm von dem Mandanten zum Zweck der Geschäftsbesorgung überlassenen Unterlagen an diesen bei Beendigung des Mandats herauszugeben (vgl. BGH, BGH-Report 2004, 1066 = Gl 2004, 178 m.w.N.). **Im Falle der Unwirksamkeit der Beauftragung ergibt sich der Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 BGB.**

Die Frage, ob der Steuerberatervertrag allein zwischen der Klägerin und dem Beklagten oder zwischen der Klägerin und der aus dem Kläger und dem Beklagten gebildeten Sozietät zustande gekommen ist, braucht ebenfalls nicht entschieden zu werden.

Denn auch wenn die Klägerin der Sozietät Dr. G. & W. das Mandat erteilt hat, schuldet der Beklagte die Herausgabe der Unterlagen gemäß §§ 675, 667 BGB bzw. § 812 BGB, da er dann wie ein Gesamtschuldner neben der Gesellschaft verpflichtet ist (zur Verpflichtung des Gesellschafters neben der Gesellschaft vgl. BGH, NJW 1999, 3483; NJW 2001, 1056, 1061; Zugehör, Beraterhaftung nach der Schuldrechtsreform 2002, Rdnr. 20 ff, 25 ff).

2. Der Beklagte kann sich nicht mit Erfolg auf ein **Zurückbehaltungsrecht** wegen unbezahlter Gebührenforderungen berufen. Das Landgericht Düsseldorf hat die von der Sozietät Dr. G. & W. geltend gemachten Honoraransprüche mit Berufungsurteil vom 18.11.2004 abgewiesen. Der Senat hat keine Veranlassung, das bei ihm anhängige Verfahren gemäß § 148 ZPO im Hinblick auf die fehlende Rechtskraft dieser Entscheidung auszusetzen, weil dem Beklagten auch dann kein Zurückbehaltungsrecht zusteht, wenn man den von der Sozietät geltend gemachten Honoraranspruch unterstellt.

Ist der Steuerberatervertrag wirksam, dann kann sich ein Zurückbehaltungsrecht des Beklagten gegenüber dem Anspruch auf Herausgabe der **Unterlagen für die Jahre 2000 und 2001**, nicht jedoch gegenüber dem Herausgabeverlangen der Belege und **Unterlagen aus Januar 2002** gemäß § 66 Abs. 4 StBerG ergeben. Das Zurückbehaltungsrecht an den Handakten besteht nur insoweit, als der Steuerberater für die konkrete Angelegenheit, für die er die Unterlagen erhalten hat, noch Vergütung verlangen kann (BGH, NJW 1997, 2944, 2946 zum Zurückbehaltungsrecht des Anwalts; KG Berlin, GI 2002, 256 zum Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters).

Der Beklagte stützt sein Zurückbehaltungsrecht auf **Vergütungsforderungen für die in den Jahren 2000 und 2001 erbrachten Leistungen** gemäß den Rechnungen vom 4.6. und 5.6.2002. Soweit er für Januar 2002 Belege, Abrechnungen und Bankauszüge der Klägerin erhalten hat, machen weder er noch die Sozietät Vergütungsansprüche geltend. Geht man davon aus, **dass der Steuerberatervertrag unwirksam ist, dann kann sich das Zurückbehaltungsrecht allein aus § 273 BGB ergeben**. Die Frage der Rechtsgrundlage des geltend gemachten Zurückbehaltungsrechts bedarf keiner Entscheidung, weil der Beklagte sich auf ein solches Recht nach den Grundsätzen von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB nicht berufen kann.

Das Zurückbehaltungsrecht als besonderer Anwendungsfall des Verbots unzulässiger Rechtsausübung (§ 242 BGB) **darf nicht in einer gegen Treu und Glauben verstoßenden Weise ausgeübt werden** (BGH, NJW 1984, 2151, 2154; BGH-Report 2004, 1639). Dieser allgemeine Grundsatz ist in § 66 Abs. 4 Satz 2 StBerG besonders hervorgehoben. **Da das Zurückbehaltungsrecht nur der Sicherung eigener Ansprüche dient, ist seine Ausübung u.a. dann ausgeschlossen, wenn die Erfüllung einer Forderung wegen einer Gegenforderung verweigert wird, deren Klärung schwierig und zeitraubend ist und dadurch die Durchsetzung der Forderung des Gegners auf unabsehbare Zeit verhindern kann** (BGH, NJW 1968, 2139, 2149; Münch-Komm/Krüger, BGB 4. Aufl., § 273 Rdnr. 72; Bamberger/Roth, BGB, Stand April 2004, § 273 Rdnr. 37).

Der Beklagte stellt nicht in Abrede, dass der Klägerin ein Anspruch auf Herausgabe der Unterlagen und Kassenbelege zusteht. **Das Bestehen eines Honoraranspruchs des Beklagten ist hingegen streitig und von der Beurteilung schwieriger Rechtsfragen abhängig**. Da der Streithelfer angekündigt hat, gegen die Entscheidung des Landgerichts aufgrund der zugelassenen Revision den Bundesgerichtshof anzurufen, ist der **Zeitpunkt einer abschließenden Entscheidung nicht abzusehen**. Der Herausgabeanspruch der Klägerin, den diese seit September 2002 geltend macht, ist daher auf unabsehbare Zeit durch das Zurückbehaltungsrecht blockiert.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Klägerin, die ein Gewerbe betreibt, ein **nicht unerheblicher Schaden in Form einer Steuerschätzung** droht, weil sie die erforderlichen Steuererklärungen ohne die herausverlangten Belege und Geschäftsunterlagen nicht abgeben kann. Wird das Zurückbehaltungsrecht an Geschäftspapieren ausgeübt, die für die ordnungsgemäße Bearbeitung der Angelegenheiten, auf die sie sich beziehen, alsbald benötigt werden, ist die Rechtsausübung in aller Regel treuwidrig (BGH, NJW 1997, 2944, 2945 m.w.H.). Dieser Grundsatz gilt auch, wenn die Geschäftsunterlagen zur Abgabe der Steuererklärungen benötigt werden.

Das neue Vorbringen des Beklagten im nicht nachgelassenen Schriftsatz vom 20.12.2004 rechtfertigt nicht die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung.

II. (...)

GI Hinweise

Anwaltspraxis im Insolvenzrecht

Die 2. Auflage berücksichtigt die Auswirkungen der zahlreichen seit dem Erscheinen der ersten Auflage ergangenen Gesetze und Richtlinien zum Insolvenzrecht, so u.a. das Gesetz zur Änderung der InsO sowie das Gesetz zur Neuordnung des Internationalen Insolvenzrechts aufgrund der Richtlinien 2001/17/EG bzw. 2001/24/EG über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten bzw. Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus wurden auch viele neue obergerichtliche Urteile und deren Folgen nachgetragen.

Eingearbeitet sind – wie bei allen Bänden der Reihe Berufspraxis Rechtsanwälte – außerdem eine Vielzahl von Praxishinweisen zum taktischen Vorgehen. Im Text hervorgehoben sind Formulierungsvorschläge und Musterschreiben.

Der Band richtet sich an Rechtsanwälte und Insolvenzberater.

Peter Depré: Anwaltspraxis im Insolvenzrecht – Verlag C.H. Beck, 2. neu bearbeitete Auflage 2005, XVI, 263 Seiten, kartoniert, 34,- €, ISBN 3-406-50387-X

Die Besteuerung in der Insolvenz

Steuer- und Insolvenzrecht sind nur unvollkommen verzahnt. Daher kommt es oft zu Problemen. In einem einführenden Grundlagen-Teil wird das Insolvenzrecht mit seinen Schnittstellen zum Steuerrecht dargestellt. Es folgt ein nach dem Ablauf des Insolvenzverfahrens gegliederter Teil, der auch Verbraucherinsolvenz, Restschuldbefreiung und steuerliche Billigkeitsmaßnahmen mitbehandelt. Schließlich werden die einzelnen Steuerarten mit ihren Besonderheiten und Problemstellungen in der Insolvenz behandelt.

Dem Verfasser gelingt eine verständliche Darstellung mit vielen Beispielen und Praxishinweisen: ideal zum Einarbeiten wie auch zum Nachschlagen einzelner Fragen.

Das Buch wendet sich an Insolvenzverwalter, Rechtsanwälte, Steuerberater, Finanz- und Insolvenzrichter und Finanzbeamte.

Dr. Carsten Farr: Die Besteuerung in der Insolvenz – Verlag C.H. Beck, 2005, XIX, 207 Seiten, kartoniert, 32,- €, ISBN 3-406-53787-1

Handbuch der GmbH & Co. KG

Nach wie vor erfreut sich die Gesellschaftsform der GmbH & Co. KG großer Beliebtheit bei mittelständischen Unternehmen und ist speziell bei Familienunternehmen weit verbreitet. Der Wechsel vom körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren hat daran ebenso wenig geändert wie die Verpflichtung der GmbH & Co. KG zur Rechnungslegung, Prüfung und Publizität nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen.

Das Interesse an dieser Rechtsform ist verständlich. Zivilrechtlich verbindet die GmbH & Co. KG in idealer Weise die Vorteile der Kapitalgesellschaft mit denen der Personengesellschaft, wenn auch mittlerweile zahlreiche Regelungen und Grundsätze für Kapitalgesellschaften auch für die GmbH & Co. KG gelten; steuerrechtlich bestehen die Vorteile der GmbH & Co. KG bei der laufenden Besteuerung in einer niedrigeren Belastung im Vergleich zur Kapitalgesellschaft, die ihren Gewinn vollständig an natürliche Personen ausschüttet.

Das Handbuch der GmbH & Co. KG behandelt umfassend und intensiv alle Problemkreise rund um die GmbH & Co. KG, die bei der Beratung auftreten können. Dargestellt und beantwortet werden alle typischen Rechts- und Steuerfragen sowie Fragen der Finanzierung, Rechnungslegung, Umstrukturierung und Gestaltungsmöglichkeiten bei der Nachfolgeplanung.

Für die Anwendung von besonderer Bedeutung sind die Wechselwirkungen zwischen Gesellschafts- und Steuerrecht. Insbesondere die Verzahnung beider Rechtsgebiete wird deshalb in der Darstellung noch stärker als in früheren Auflagen hervorgehoben.

Für den Praktiker erleichtern viele Gestaltungshinweise die Beratung und geben Sicherheit; Beispielverträge und -formulierungen ermöglichen eine optimale Vertragsgestaltung. Der moderne, systematische Aufbau nach den verschiedenen Lebensphasen des Unternehmens bietet eine schnelle Orientierung.

Hesselmann/Tillmann/Mueller-Thuns: Handbuch der GmbH & Co. KG, Gesellschaftsrecht – Steuerrecht, 19. neu bearbeitete Auflage 2005, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1.102 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 128,- €/202,- SFr, ISBN 3-504-32518-6

Wir führen seit jeher nur Gutes im Schilde.



Seit 50 Jahren prägt ein Werk bei Praktikern den Standard: Das Handbuch der GmbH & Co. KG. Und der neue federführende Autor RA, WP, StB Dr. Thomas Mueller-Thuns führt es ganz im Sinne seiner beiden prominenten Vorgänger fort. Hier finden Sie auf alle Rechts- und Steuerfragen eine zuverlässige Antwort. Moderner, systematischer Aufbau nach den verschiedenen Lebensphasen des Unternehmens. Keine getrennte Behandlung von Gesellschaftsrecht und Steuerrecht, sondern praxisnahe Darstellung der Wechselwirkungen bei den einzelnen Fallgestaltungen. Übersichtlich, gut verständlich, gestaltungsorientiert. Mit vielen Beispielen, hilfreichen Hinweisen und bewährten Mustern.

BESTELLSCHEIN

Fax (02 21) 9 37 38-943

☒ Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Hesselmann/Tillmann/Mueller-Thuns
Handbuch der GmbH & Co. KG 19., neu bearbeitete Auflage 2005, 1.102 Seiten
Lexikonformat, gbd. 128,- € [D]. ISBN 3-504-32518-6

Name _____

PLZ _____

Ort _____

Straße _____

Datum _____

Unterschrift _____

1/05

**Neueste
Auflage 2005**



Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt · Postfach 51 10 26 · 50946 Köln



Bremsen Sie die Kosten Ihrer Kfz-Versicherung!

Top-Sonderkonditionen für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte:

Warum sollten Sie für Ihre Kfz-Versicherung mehr bezahlen als notwendig? Ein Preisvergleich lohnt sich. Denn Sie als Freiberufler können durch spezielle Sonderkonditionen viel Geld sparen.

Profitieren Sie auch noch von weiteren lukrativen Rabatten, z.B. durch Ihre individuelle Fahrleistung, selbst-

genutztes Wohneigentum, Garagenplatz etc.

Außerdem genießen Sie im Schadensfall natürlich den kompletten Gerling Service, wie unsere Kfz-Helpline, die Ihnen rund um die Uhr zur Verfügung steht.

Überzeugen Sie sich selbst. Verwenden Sie den im GI-Heft beiliegenden Vordruck und fordern Sie am besten noch heute Ihr individuelles Kfz-Angebot bei uns an.

Nutzen Sie die Chance für einen Vergleich.

GI-HOTLINE

(02 21) 1 44-51 55

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

6-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck:

Boyens Offset,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide